

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 1, 2022

1. Niedersachsen

Hannover: Trauer um Ernst-Wolf Kleinwächter

Einer der Pioniere des interreligiösen Dialogs in Hannover, der evangelisch-lutherische Pastor Ernst-Wolf Kleinwächter, ist tot. Das teilte das Haus der Religionen in Hannover mit.

Kleinwächter war einer der Gründer der Gruppe „Religions for Peace Hannover“, die im Jahr 1995 entstand. Auch an der Gründung des Trägervereins des Hauses der Religionen im Jahr 2008 hatte er entscheidenden Anteil. 2011 wurde er für seine Verdienste mit dem Integrationspreis der Landeshauptstadt Hannover ausgezeichnet.

Als entscheidenden Wendepunkt habe Kleinwächter eine Reise nach Indien beschrieben, die er um den Jahreswechsel 1989/1990 gemeinsam mit seiner Frau Anemone unternahm, teilte das Haus der Religionen mit. Die interreligiösen Begegnungen auf dieser Reise hätten ihn tief beeindruckt. Insbesondere der hinduistischen Tradition habe er sich seither eng verbunden gefühlt. Den seit 1995 bestehenden Hindu-Tempel in Hannover-Badenstedt habe er bis zuletzt mit aller Kraft unterstützt. Auch das christlich-jüdische Gespräch habe ihm sehr am Herzen gelegen.

1938 hatte der in Oberschlesien geborene Kleinwächter als 9-Jähriger die Synagoge in Hannover mit eigenen Augen brennen gesehen. Sein Vater, ein Diplom-Ingenieur, war wegen seiner nach NS-Begriffen „halb-jüdischen“ Mutter zwangspensioniert worden ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Bundesinnenministerin will an Deutscher Islam Konferenz festhalten

Die neue Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will an der Deutschen Islam Konferenz festhalten.

Für die Bundesregierung und für sie persönlich habe das muslimische Leben in Deutschland große Bedeutung, sagte Faeser der Deutschen Presse-Agentur. Sie wolle die Deutsche Islam Konferenz als zentrales Forum für den Dialog des Staates mit den Muslimen „weiterentwickeln und mit mehr Leben füllen“. Wichtig sei vor allem, die Teilhabe von Musliminnen und Muslimen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. „Dem zunehmenden Hass, den Bedrohungen und Anfeindungen gegenüber Musliminnen und Muslimen stellen wir uns entschieden entgegen.“ Die Bundesregierung werde die Prävention von Muslimfeindlichkeit stärken und dafür sorgen, dass menschenverachtende Hetze konsequent verfolgt werde. Die Ausbildung von Imamen und anderem religiösen Personal solle weiter gestärkt werden, so Faeser. Im Bundesinnenministerium wird sich künftig Staatssekretärin Juliane Seifert (SPD) um die Islam Konferenz kümmern ([mehr](#)).

Die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG) begrüßte die Absichtserklärung der neuen Innenministerin. „Aufgrund der bisherigen Enttäuschungen sind die aktuell positiven Signale aus dem Bundesinnenministerium wichtig. Eine Weiterentwicklung unter Federführung der neuen Ministerin bietet zahlreiche Chancen, etwa dass die Themen der DIK endlich auch in Moscheegemeinden ankommen und von Musliminnen und Muslimen angenommen werden“, erklärte der Generalsekretär des Verbands, Bekir Altaş ([mehr](#)).

2.2. Düsseldorf: Nordrhein-Westfalen plant Meldestelle für islamfeindliche Straftaten

Die nordrhein-westfälische Landesregierung will rassistische und antimuslimische Straftaten künftig besser erfassen. „Wir wollen neben der Meldestelle Antisemitismus, die in diesem Jahr ihre Arbeit aufnimmt, neue Meldestellen für anti-muslimischen Rassismus, für Antiziganismus, anti-schwarzen und anti-asiatischen Rassismus sowie für Queer-Feindlichkeit aufbauen“, sagte Integrationsstaatssekretärin Gonca Türkeli-Dehnert (CDU) der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ).

Dem Bericht der WAZ zufolge, sollen die Meldestellen in Gemeinden und Vereinen eingerichtet werden, zu denen potenziell Betroffene ein besonderes Vertrauensverhältnis haben. „So bekommen wir einen genaueren Einblick und können noch zielgerichteter unterstützen“, sagte Türkeli-Dehnert. Bei Angriffen auf Muslime sei von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Betroffene bräuchten Übergriffe oder Sachbeschädigungen oftmals nicht zur Anzeige ([mehr](#)).

2.3. Hamburg: Islamisches Zentrum scheidet aus dem Vorstand der Schura aus

Das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) ist aus dem Vorstand des Rates der Islamischen Gemeinschaften (Schura Hamburg) ausgeschieden. Das sagte der neue Vorsitzende Fatih Yıldız der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

Im November habe man den Schura-Vorstand umstrukturiert. Statt drei Co-Vorsitzenden gebe es jetzt nur noch einen, so Yıldız. Die Änderung sei in erster Linie erfolgt, um den Vorstand handlungsfähiger und vielfältiger zu machen. Die gegenwärtig laufende Evaluation des Staatsvertrags habe dabei nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

Innensenator Andy Grote (SPD) begrüßte den Schritt. „Wir haben immer ganz klar gesagt: Hier handelt es sich um Extremisten“. „Deshalb waren wir jetzt auch nicht traurig, als wir erfahren haben, dass das Islamische Zentrum aus dem Vorstand der Schura ausgeschieden ist.“ Die Beteiligung des IZH erschöpfe sich nun „in der reinen Mitgliedschaft“. Das sei „eine neue Situation“, so Grote zur dpa.

Das Islamische Zentrum Hamburg, das die Blaue Moschee an der Alster betreibt, wird vom Landesamt für Verfassungsschutz als Außenposten des iranischen Regimes in Europa gesehen. Es steht seit Jahrzehnten unter Beobachtung. CDU, FDP und AfD fordern seit langem, den Staatsvertrag mit dem Rat der Islamischen Gemeinschaften (Schura) zu kündigen oder auf Eis zu legen (s. zuletzt Mitteilungen 7/2021, S. 2–3) ([mehr](#)).

2.4. Berlin: Kritik an geplanter Stelle für „konfrontative Religionsbekundung“

Ein informelles Bündnis von rund 120 Personen und Organisationen hat in einer Stellungnahme die geplante Registerstelle für „konfrontative Religionsbekundung“ in Berlin kritisiert. Die Unterzeichner fordern die „Unterlassung der (Weiter-)Förderung des Projekts durch öffentliche Mittel“.

Die Anlauf- und Dokumentationsstelle soll nach den vorliegenden Plänen 2022 starten. In ihr sollen Fälle „konfrontativer Religionsbekundung“ in der Schule erfasst und „passgenaue Präventionsstrategien und fallbezogene Interventionen entwickelt“ werden. Unter „konfrontativer Religionsbekundung“ werden dabei „religiöse Praxen sowie religiös konnotiertes (Alltags)Verhalten, die in der (Schul-) Öffentlichkeit ausgelebt und ausagiert werden, auf die Herstellung von Aufmerksamkeit zielen, provozieren wollen, erniedrigen und/oder Dominanz herstellen sollen“, verstanden. Träger des Projekts ist der „Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung“ (DEVI) ([mehr](#)).

Als erstes Teilprojekt hat der Verein eine Bestandaufnahme der Lage an Neuköllner Schulen vorgelegt. Das Bundesfamilienministerium förderte das Projekt. Politisch unterstützt wird DEVI unter anderem von Neuköllns Bürgermeister Martin Hikel (SPD).

Aus Sicht der Kritiker ist das Vorhaben „in vielfacher Hinsicht problematisch“. Dem Verein fehle zunächst die „für eine so komplexe und sensible wissenschaftliche Aufgabe“ nötige „wissenschaftliche Befähigung“. Darüber hinaus sei er offenkundig nicht politisch neutral, sondern fokussiere sich ausschließlich auf „muslimische Schüler*innen und ihre Religionspraxis“. Schließlich dränge sich „der Verdacht auf, dass mit dem Projekt einer Registerstelle schulische Konflikte politisch instrumentalisiert werden sollen, um eine ‚gerichts feste‘ Dokumentation von ‚konfrontativer Religionsbekundung und religiösem Mobbing‘ an Berliner Schulen zu verfolgen, die beim anstehenden Gang zum Bundesverfassungsgericht im Streit um das Berliner Neutralitätsgesetz den Nachweis erbringen sollen, dass der Schulfrieden in Berlin nicht nur in zu prüfenden Einzelfällen, sondern in aller Regel durch religiöse Konflikte gefährdet sei.“ Entgegen dem erklärten Ziel, zum Schulfrieden beizutragen, drohe das Projekt, Konflikte zu verschärfen.

Erstunterzeichner sind die ehemaligen Staatssekretäre Mark Rackles (SPD) und Aleksander Dzembritzki (SPD) sowie 120 namhafte Personen und Organisationen aus ganz Deutschland ([mehr](#)).

2.5. Mainz: Al-Nur Kindergarten bleibt geschlossen

Der muslimische Al-Nur Kindergarten in Mainz bleibt dauerhaft geschlossen. Das Oberverwaltungsgericht in Koblenz entschied, es gebe keinen Zweifel daran, dass das Land die Betriebserlaubnis Anfang 2019 zurecht widerrufen habe (AZ: 7 A 10652/21.OVG).

Als erster muslimischer Kindergarten in Rheinland-Pfalz hatte Al-Nur 2008 die Arbeit aufgenommen. In den Folgejahren geriet der Träger „Arab Nil-Rhein Verein“ wiederholt in die Kritik. Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung hatte die Schließung der Einrichtung damit begründet, der Träger habe wiederholt gegen Betriebsauflagen verstoßen. Darüber hinaus vertrete er „Inhalte der Ideologie“ der Muslimbruderschaft und radikaler Salafisten und stehe nicht mehr auf dem Boden der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ([mehr](#)).

2.6. Halle: Luftgewehrschüsse auf Moschee in Halle-Neustadt

Auf eine Moschee in Halle-Neustadt sind drei Schüsse abgegeben worden. Ein Sprecher der Polizei bestätigte auf Nachfrage der „Welt“ Schüsse aus einer „Luftdruckwaffe“ auf die Fenster der Moschee. Zu dem Zeitpunkt befanden sich drei Personen vor dem Haus. Die Schüsse sollen aus dem Fenster eines Mehrfamilienhauses abgegeben worden sein, das sich auf der anderen Straßenseite befindet. Die Polizei ermittelte einen Tatverdächtigen, bei dem Waffen gefunden wurden. Der Staatsschutz wurde eingeschaltet ([mehr](#)).

2.7. Was sonst noch war

- Iserlohn/Düsseldorf: Empörung nach Schändung muslimischer Gräber in Iserlohn ([mehr](#)); Zerstörungen in der Silvesternacht auch auf dem Friedhof Düsseldorf-Gerresheim ([mehr](#))
- Berlin: Brand in der Paul-Gerhardt-Kirche auf dem Prenzlauer Berg; Altar und Orgel zerstört; Landeskriminalamt ermittelt wegen schwerer Brandstiftung ([mehr](#))
- Chemnitz: Brand eines Müllcontainers vor DITIB-Moschee, Polizei ermittelt ([mehr](#))
- Köln: DITIB veröffentlicht Bericht über Moscheeübergriffe im Jahr 2020; registriert werden 111 Taten insgesamt, davon 29 leichte und 4 schwere Sachbeschädigungen ([mehr](#)).

3. Meinungsforschung

3.1. Allensbach: Bedeutung des Christentums nimmt ab, Ablehnung des Islams konstant

Nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach nimmt die Bedeutung des Christentums in Deutschland weiter ab. Der Anteil derjenigen, die angeben, dass sie zumindest gelegentlich in die Kirche gingen, sei seit den 1960er-Jahren „von rund 60 Prozent auf heute unter 30 Prozent zurückgegangen“, schreibt der Meinungsforscher Thomas Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Die Zahl derjenigen, die angeben, dass sie Mitglied der evangelischen Kirche sind, sei auf 28 Prozent, die Zahl der Katholiken auf 25 Prozent zurückgegangen (1995: 37/36 Prozent).

Konstant sei demgegenüber die Ablehnung „des Islams“. „In der aktuellen Umfrage sagten 17 Prozent der Befragten, der Islam gehöre zu Deutschland, 64 Prozent widersprachen ausdrücklich. Die Zahlen sind mit denen aus dem Jahr 2012 praktisch identisch“ ([mehr](#)).

3.2. Forsa: Vertrauen in die Kirchen sinkt, Vertrauen in den Islam sehr gering

Die Kirchen verlieren deutlich an Vertrauen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts forsa.

Nach eigener Aussage haben 33 Prozent der Menschen in Deutschland großes Vertrauen in die evangelische Kirche, 12 Prozent in die katholische Kirche. 2017 lagen die Werte bei 48 und 28 Prozent. Das Vertrauen der Katholiken zur evangelischen Kirche sei mit 37 Prozent größer als das zur eigenen Kirche (29 Prozent).

Zum Islam hätten 8 Prozent großes Vertrauen, teilte forsa weiter mit. Beim Zentralrat der Juden liege der Wert demgegenüber bei 43 Prozent. Der Anteil der Menschen mit großem Vertrauen zum Islam sei von 2015 bis 2022 um 17 Prozentpunkte gesunken. Beim Zentralrat der Juden sei er seit 2010 um 16 Prozentpunkte gestiegen.

Der Umfrage liegt die Befragung von 4.000 Menschen zur Jahreswende 2020/2021 zugrunde ([mehr](#)).

4. Veranstaltungen

4.1. Fortbildung: Dialogbegleiter*in Christentum-Islam – Zertifikatskurs für Multiplikatoren

18./19. Februar, 12./26. März, 14./21. Mai, 10. Juni 2022

Georgsmarienhütte, Osnabrück, Bremen, Meppen, Duisburg, Osnabrück

Veranstalter: Katholische Erwachsenenbildung und Bistum Osnabrück

Leitung: Birgit Lemper, Michael Schober ([mehr](#)).

4.2. Aus der Begegnung heraus nachhaltig handeln

Christlich-muslimische Lehrer*innen-Fortbildung zur Bewahrung der Schöpfung

10. März 2022, 14–18 Uhr, online

Veranstalter: Renate Schulz, Bischöfliches Generalvikariat Hildesheim

Dozent/innen: Hamideh Mohagheghi, Christian Espelage, Michael Schober ([mehr](#)).

5. Video

Religionen in der Schule 2: Schiiten

Religionen im Gespräch

Gast: Hamideh Mohagheghi, Islamische Theologin, Universität Paderborn

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

Hannover, den 26.1.2022

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 2, 2022

1. Niedersachsen

1.1. Schura gründet „Zentrum für Islamische Seelsorge und soziale Arbeit“

Der Landesverband der Muslime (Schura) hat einen Verein für Islamische Seelsorge und soziale Arbeit gegründet. Er trägt den Namen „Zentrum für Islamische Seelsorge und soziale Arbeit in Niedersachsen“ (ZISS).

Die Schura sei bereits seit 2013 im Bereich der Gefängnis- und Krankenhauseelsorge aktiv, teilte der Landesverband mit. Die Erfahrungen hätten gezeigt, dass die islamische Seelsorge gut angenommen werde und dass ein großer Bedarf bestehe. „Deshalb haben wir uns entschlossen, diese für uns sehr wichtige Arbeit über einen eigenständigen Verein anzubieten, diese auszubauen und um den Bereich der sozialen Arbeit zu erweitern“, sagte Recep Bilgen, der Vorsitzende der Schura Niedersachsen.

Zum Vorsitzenden des Vereins wurde Rakip Dumlu gewählt. Der Vorstand setze sich „aus aktiven muslimischen Seelsorgern zusammen“, teilte Schura weiter mit. Zweck des Vereins sei die Förderung der Seelsorge und der sozialen Arbeit sowie die Aus- und Fortbildung. Der Schwerpunkt der Tätigkeiten sei „die seelische und soziale Begleitung für muslimische Hilfesuchende und bei Bedarf an jedem ohne Rücksicht auf Konfession, Nationalität und Weltanschauung“ ([mehr](#)).

1.2. Göttingen: Ehemaliger DITIB-Vorsitzender zu einer Bewährungsstrafe verurteilt

Das Amtsgericht Göttingen hat den ehemaligen Vorsitzenden der Göttinger Ditib-Moschee, Mustafa Keskin, zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten auf Bewährung verurteilt.

Das Gericht befand den 54-Jährigen in vier Fällen der Volksverhetzung sowie in einem Fall der Billigung von Straftaten für schuldig. Er war im März 2021 als Vorsitzender der Moschee zurückgetreten. Zuvor hatte die sozialistische Jugendorganisation „Die Falken“ darauf hingewiesen, dass auf seiner Facebook-Seite antisemitische und antiarmenische Posts zu finden waren. Der Ditib-Landesverband hatte sich nach Bekanntwerden der Vorwürfe von den Äußerungen distanziert (s. zuletzt Mitteilungen 7/2021, S. 1; [mehr](#)).

1.3. Justizministerin warnt vor „Föderaler Islamischer Union“

Justizministerin Barbara Havliza (CDU) hat vor neuen Methoden der Radikalisierung unter salafistischen Muslimen gewarnt.

In jüngster Zeit träten „einflussreiche Protagonisten in Erscheinung, die ihre demokratiefeindliche Ideologie im Vergleich zu ‚klassischen‘ Salafisten weit weniger auffällig“ offenbarten, sagte Havliza. Als Beispiel nannte sie die „Föderale Islamische Union“ in Hannover. Zwar gebe es weiterhin Prediger, die auf Bühnen offen ihre radikalen Botschaften verbreiteten. Doch das neue Vorgehen sei oft moderner und unterschwelliger. Eine zentrale Rolle spiele dabei eine professionelle Social-Media-Arbeit.

In der Sache gehe es darum, eine Spaltung zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen herbeizuführen. „Häufig geht es nur scheinbar um Religion und Minderheitenrechte, im Kern geht es vielmehr um die verdeckte Verbreitung einer demokratiefeindlichen Ideologie.“ Diesen Formen müsse mit gezielten Maßnahmen der Radikalisierungsprävention entgegengewirkt werden, so die Justizministerin ([mehr](#)). Das Landes-Demokratiezentrum veröffentlichte eine Broschüre zu ‚Aktuellen Formen islamistischer Agitation‘ ([hier](#)). Als zweites Beispiel wird hier der Aktivismus der Gruppe „Muslim interaktiv“ beschrieben.

1.4. Trauer um Rabbiner Henry Brandt

Der ehemalige niedersächsische Landesrabbiner Henry G. Brandt ist tot. Das teilten unter anderem die Israelitische Kultusgemeinde München und der Zentralrat der Juden mit.

Zentralrats-Präsident Josef Schuster sagte, Brandt habe über Jahrzehnte „mit Klugheit und einem großen Wissen“ den jüdisch-christlichen Dialog geführt. Dabei sei es ihm gelungen, auch in schwierigen Phasen den Gesprächsfaden nie abreißen zu lassen. „Beharrlich und ohne den eigenen Standpunkt zu verleugnen, hat er immer wieder Brücken zu den Kirchen geschlagen.“ Er sei im besten Sinne „Lehrer und Ratgeber“ gewesen.

Der Ratsvorsitzende der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Bischof Thomas Adomeit, sagte, Brandt habe wesentlichen Anteil daran, „dass sich das Verhältnis der evangelischen Kirchen zum Judentum in den vergangenen vier Jahrzehnten grundlegend gewandelt hat.“ In den Jahren seines Wirkens in Niedersachsen von 1983 bis 1995 sei er ein wichtiger Partner im christlich-jüdischen Dialog gewesen. Er habe versucht, Brücken zu bauen. Zugleich sei er deutlich geworden, wenn Grenzen überschritten worden seien. So habe sich Brandt entschieden gegen das Eintreten einiger Theologen für eine Mission unter Jüdinnen und Juden gewandt.

Für die Liberale Jüdische Gemeinde Hannover erklärte die Vorsitzende Rebecca Seidler, Brandt sei „ein Mentor des neuen liberalen Judentums in Deutschland“ gewesen. „Er hat die Gründung unserer Gemeinde unterstützt und Zeit seines Lebens mit Aufmerksamkeit und wertvollem Rat begleitet.“ Mit „seiner intellektuellen Brillanz und seinen weisen Erzählungen, die er oft spontan in seine Predigten einstreute, hat er uns den Weg in ein traditionsbewusstes, liberales Judentum gewiesen.“

Der Rat der Religionen Hannover erklärte, Brandt sei ein unschätzbare Wegbereiter des interreligiösen Dialogs und des Hauses der Religionen in Hannover gewesen. Mit ganzer Kraft habe er sich für die jüdisch-christliche und die jüdisch-muslimische Verständigung eingesetzt ([mehr](#)).

1.5. Kloster Loccum beruft drei weitere Frauen in den Konvent

Das evangelische Kloster Loccum hat drei weitere Frauen in seinen Konvent berufen. Pastorin Amélie Gräfin zu Dohna, Pastorin Julia Koll und die Kirchenjuristin Annekatrin Herzog würden im April in ihre Ehrenämter eingeführt, teilte das Kloster mit.

Im vergangenen Jahr war mit der Hildesheimer Regionalbischöfin Adelheid Ruck-Schröder erstmals eine Frau in das Leitungsgremium berufen worden. Die Voraussetzung dafür hatte der Konvent mit einer Änderung der Klosterverfassung geschaffen. Bis dahin konnten nur Männer ordentliches Mitglied im Konvent sein. Ehrenamtlicher Abt des Klosters ist der hannoversche Landesbischof Ralf Meister ([mehr](#)).

1.6. Was sonst noch war

- Rabbiner Lengyel kritisiert Gedenkfeiern für Opfer des Holocaust ([mehr](#))
- Hannover: Schura und DITIB Niedersachsen laden zum Impfen in die Moscheen ein ([mehr](#))
- Hannover: Interreligiöses Friedensgebet der Evangelischen Kirche und des Rates der Religionen aus Anlass des Krieges in der Ukraine ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Zentralrat der Muslime schließt Deutsche Muslimische Gemeinschaft aus

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland hat die Deutsche Muslimische Gemeinschaft (DMG) ausgeschlossen. Bei der digitalen Vertreterversammlung habe ein Antrag über den Ausschluss die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht, teilte der Zentralrat mit ([hier](#)). Die Mitgliedschaft der DMG ruhte bereits seit Dezember 2019.

Der Verfassungsschutz stuft die Deutsche Muslimische Gemeinschaft als „wichtigste und zentrale Organisation von Anhängern der ‚Muslimbruderschaft‘ (MB) in Deutschland“ ein. Ihr Ziel sei es „unter anderem, gegenüber Politik, Behörden und zivilgesellschaftlichen Partnern als Ansprechpartnerin für einen vorgeblich gemäßigten, weltoffenen Islam in Erscheinung zu treten.“ Tatsächlich verfolge sie eine „an der MB-Ideologie ausgerichtete Strategie der Einflussnahme im politischen und gesellschaftlichen Bereich“. Die Muslimbruderschaft gilt als Organisation, die einen islamischen „Gottesstaat“ anstrebt.

Unter ihrem vormaligen Namen „Islamische Gemeinschaft Deutschland“ war die Deutsche Muslimische Gemeinschaft Gründungsmitglied des Zentralrats der Muslime und über diesen auch in den Koordinationsrat der Muslime eingebunden ([mehr](#)). Die DMG äußerte sich bisher nicht zu dem Ausschluss.

2.2. Hamburg: Kritik am neuen Vorstand von DITIB-Nord

Der DITIB-Verband Nord (Hamburg und Schleswig-Holstein) hat einen neuen Vorstand. Zum Vorsitzenden wurde der Hamburger Mehmet Gök gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind Safiye Kilic und Fedayi Ileri aus Bergedorf.

Nach einer Recherche des Magazins „Der Spiegel“ sympathisierte Gök vor seiner Wahl mit den rechtsextremen türkisch-nationalistischen „Grauen Wölfen“. Auf seiner facebook-Seite habe er mehrere einschlägige Seiten mit einem „gefällt mir“ versehen. Mittlerweile seien die Bezüge aus seiner Chronik gelöscht, so der Spiegel.

Gök erklärte dazu, er habe die Likes „umgehend gelöscht, zumal sie nicht Ausdruck meiner Haltung sind“. Inzwischen gebe es bei DITIB Compliance-Regeln, die „in Kürze bundesweit gültig“ seien ([mehr](#)).

Zuletzt waren Vorstände der DITIB immer wieder durch rechtsextreme Posts aufgefallen. In Göttingen wurde der ehemalige Moscheevorsitzende wegen antisemitischer Äußerungen verurteilt (s.o. 1.1.). Im November 2021 hatte eine Recherche des Göttinger Instituts für Demokratieforschung sechs DITIB-Vorstände identifiziert, die in den sozialen Netzwerken durch „islamistisch-antidemokratische“, „klar antisemitische“ oder rechtsextreme Positionen auffielen ([mehr](#)).

2.3. Scharfe Kritik an Israel-Bericht von Amnesty International

Der neue Israel-Report der britischen Sektion von Amnesty International (AI) ist nach Einschätzung des Zentralrats der Juden in Deutschland antisemitisch. Israel werde darin pauschal als „Apartheid-System“ eingestuft und dem jüdischen Staat damit „de facto das Existenzrecht abgesprochen“.

Präsident Josef Schuster sagte, der Bericht werde der Wirklichkeit in Israel in keiner Weise gerecht. Er werde „den ohnehin verbreiteten israelbezogenen Antisemitismus in Europa weiter schüren“. Die deutsche Sektion von AI müsse sich von dem Bericht distanzieren.

In dem englischen Amnesty-Bericht wird Israel unter anderem vorgeworfen, dass sein Rechtssystem sowie das staatliche Handeln darauf ausgerichtet seien, Palästinenser als eine „untergeordnete nicht-jüdische Rasse“ („inferior non-Jewish racial group“) zu behandeln. Demgegenüber werde die Hamas als normale politische Partei dargestellt und der palästinensische Terrorismus „völlig außer Acht gelassen“. Der Bericht markiere einen neuen Tiefpunkt in der Delegitimierung und Dämonisierung Israels.

Amnesty International untergrabe mit dem Bericht die eigene Glaubwürdigkeit, so der Zentralrat weiter: „Wer am Holocaust-Gedenktag in den sozialen Netzwerken ‚Nie wieder‘ fordert, darf nicht eine Woche später einen antisemitischen Bericht in seinem Namen mittragen“ ([mehr](#)).

Die deutsche Sektion von Amnesty International ging auf die Forderung nach Distanzierung nicht ein. Man habe „die Kritik der letzten Tage gehört“ und beschäftige sich „mit den Reaktionen und Forderungen an unsere Organisation“, hieß es ([mehr](#)).

2.4. Krieg in der Ukraine: Patriarch Kyrill nennt Gegner Russlands „Kräfte des Bösen“

Das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill, hat die Gegner der russischen Armee in der Ukraine als „Kräfte des Bösen“ bezeichnet. In seiner Sonntagspredigt warf er den ukrainischen Soldaten vor, die historische Einheit zwischen den beiden Ländern brechen zu wollen. „Wir müssen alles tun, um den Frieden zwischen unseren Völkern zu bewahren und gleichzeitig unsere gemeinsame historische Heimat vor all den Aktionen von außen zu schützen, die diese Einheit zerstören können“, betonte der Patriarch. Er warnte die Gläubigen vor „dunklen Kräften von außen“, die sich über Russland „lustig machen“ könnten. Derweil forderten Repräsentantinnen und Repräsentanten der Evangelischen Kirche, der Katholischen Kirche und muslimischer Verbände ein Ende der Kämpfe ([mehr](#)).

2.5. Was sonst noch war

– Islamrat: Fachtagung „Muslimische Jugendliche im Radikalisierungsdiskurs“ ([mehr](#))

– Hamburg: Grünen-Abgeordnete: Staatsvertrag mit der Schura kann nicht fortgeführt werden, „solange das Islamische Zentrum Hamburg Teil der Schura ist“ ([mehr](#); vgl. Mitteilungen 1/2021, S. 1–2).

3. Veranstaltungen

Hamburg: Interreligiöser Seelsorgekurs

Interreligiöse Seelsorgeausbildung für Hauptamtliche

Leitung: Susanne Bertels, Sönke Lorberg-Fehring

15. September 2022 – 1. Juni 2023 ([mehr](#)).

4. Video

Religionen in der Schule 2.2: Schiiten – Schleier, Religionsfreiheit, Homosexualität, Feiertage

Religionen im Gespräch

Gast: Hamideh Mohagheghi, Islamische Theologin, Universität Paderborn

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

5. Literatur: Neuerscheinungen

R. Ebrahim/U. Karagedik (Hg.), Kopftuch(verbot). Rechtliche, theologische, politische und pädagogische Perspektiven, Wiesbaden 2021

N. Kermani, Jeder soll von da, wo er ist, einen Schritt näher kommen. Fragen nach Gott, München 2022

M. Khorchide u.a. (Hg.), Stereotype – Vorurteile – Ressentiments. Herausforderungen für das interreligiöse Lernen, Göttingen 2022

S. Lorberg-Fehring (Hg.), Aspekte von Seelsorge: christlich, muslimisch, interreligiös. Eine Zwischenbilanz, Hamburg 2021 ([hier](#))

K. von Stosch (Hg.), Normativität Heiliger Schriften in Judentum, Christentum und Islam, Tübingen 2021
Ufuq.de (Hg.), Islamistische und rassistische Anschläge – ein Thema für Unterricht und Schule, Berlin 2021 ([hier](#)).

Hannover, den 28.2.2022

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 3, 2022

1. Niedersachsen

1.1. Neue Bilderdatenbank mit islamischen Motiven

Der gemeinnützige Verein Cameo Kollektiv e.V. mit Sitz in Hannover hat ein umfangreiches Bildarchiv mit islamischen Motiven ins Internet gestellt.

Für das Archiv islamimbild.de hätten sich Fotografinnen und Fotografen zusammengetan, die Islam und muslimisches Leben im deutschsprachigen Raum fotografiert hätten, teilte der Verein mit. Motivation sei es gewesen, „die gängige, oft sehr einseitige Bildberichterstattung über den Islam zu erweitern, Vielfalt sichtbar zu machen und Ausschnitte der Wirklichkeit zu zeigen, die zu oft ausgeklammert werden.“ Das Bildarchiv wolle „fotografische Arbeiten sichtbar machen, die ein differenziertes, authentisches und diversitätssensibles Bild zeichnen.“ Das Archiv werde kontinuierlich erweitert. Es wolle „langfristig muslimische Vielfalt in Deutschland sichtbar machen“. Die Fotografien können auf Anfrage für Publikationen genutzt werden.

Den Impuls zur Erarbeitung des Bildarchivs gab ein Praxisfellowship an der Akademie für Islam in Wissenschaft und Gesellschaft (AIWG) in Frankfurt am Main. Der Fotograf Julius Matuschik setzte sich im Rahmen des Projekts 18 Monate lang mit der visuellen Repräsentation des Islams in deutschen Medien auseinander. Die AIWG wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Stiftung Mercator ([mehr](#)).

1.2. Schura Niedersachsen nimmt zwei weitere Moscheen auf

Die Schura Niedersachsen hat auf ihrer jährlichen Mitgliederversammlung zwei weitere Gemeinden aufgenommen. Zugleich wurde Recep Bilgen für weitere drei Jahre zum Vorsitzenden gewählt.

Die Aufnahmeanträge der Gemeinden „Orientbrücke Salzgitter e.V.“ und „Masjid Gulzar-e-Madina. Pak German Centrum e.V.“ in Ronnenberg seien einstimmig befürwortet worden, teilte die Schura mit. „Damit bekräftigen wir nochmals unsere Vielfalt der muslimischen Identitäten seit unserer Gründung“, erklärte Bilgen ([mehr](#)).

1.3. Göttingen: Menschenrechtler warnen vor Gasimporten aus Katar

Die Gesellschaft für bedrohte Völker in Göttingen hat die Absicht der Bundesregierung, künftig Gas in Katar zu kaufen, scharf kritisiert.

In dem Versuch, sich von einem „brutalen Diktator wie Putin“ zu lösen, werfe sich die Bundesregierung gleich dem nächsten Unrechtsregime an den Hals, erklärte die Organisation. „Die Menschenrechts-Bilanz Katars ist katastrophal“, sagte der Nahostexperte der Gesellschaft, Kamal Sido. Katar finanziere gefährliche islamistische Gruppierungen, die schon jetzt an vielen Konflikten beteiligt seien und überall auf der Welt religiöse Minderheiten terrorisierten. Es sei nicht ausgeschlossen, dass auch Gelder an den sogenannten Islamischen Staat gingen. Ferner operiere die Internationale Muslimbruderschaft von Katar aus ([mehr](#)).

1.4. Was sonst noch war

– Osnabrück: Christen, Juden, Muslime und Bahai beten für Frieden in der Ukraine ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Köln: Baugenehmigung für Neubau der Verbandszentrale des VIKZ

Die Stadt Köln hat die Baugenehmigung für den Neubau der Verbandszentrale des Verbands der Islamischer Kulturzentren (VIKZ) erteilt.

Die Bauarbeiten für das Vorhaben im Gewerbegebiet Technologiepark in Köln-Müngersdorf würden in Kürze beginnen, teilte der VIKZ mit. Zunächst erfolge der Rückbau der Bestandsgebäude auf dem Areal an der Stolberger Straße 370a. Die anschließenden Tiefbauarbeiten würden voraussichtlich bis September 2022 andauern. Geplant ist eine Gesamtbauzeit von rund drei Jahren. Architekt der neuen Verbandszentrale ist das renommierte Büro Gerkan, Marg und Partner.

Der Gebäudekomplex werde über eine Nutzfläche von ca. 16.000 Quadratmetern verfügen, hieß es weiter. Vorgesehen sei eine offene und transparente Architektur mit Büros, Räumen für Tagungen, Seminaren, die Imam-Ausbildung und das Gebet. Darüber hinaus seien Veranstaltungsflächen, Wohnungen für Studierende, ein Gästehaus, ein öffentliches Restaurant, eine Bibliothek und ein Lesecafé vorgesehen.

Der Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. ist eine 1973 in Köln gegründete islamische Religionsgemeinschaft. Ihm gehören bundesweit etwa 300 Gemeinden und Bildungsvereine an ([mehr](#)).

2.2. Nordrhein-Westfalen verbietet zwei islamistische Vereine

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) hat binnen weniger Tage zwei Moscheevereine verboten. Das Verbot betrifft den sunnitischen Verein „Islamischer Kulturverein Nural-Islam“ in Dortmund und das von der „Fatime Versammlung“ betriebene schiitische „Imam-Mahdi Zentrum“ in Münster.

Nural-Islam sei „ein Gewächshaus des Islamismus“, sagte Reul. Funktionäre des Moscheevereins seien Vertreter der radikal-salafistischen Ideologie. Sie stünden ideologisch der Terrororganisation „Islamischer Staat“ nahe. Dieses Gedankengut hätten sie an Mitglieder und Moscheebesucher, darunter auch Kinder, weitergegeben. Der Verein sei darüber hinaus ein Rekrutierungszentrum für das „Abu-Walaa“-Netzwerk gewesen, das die Ausreise von mindestens sieben Männern in die Kampfgebiete des „Islamischen Staates“ organisiert habe ([mehr](#)).

Die „Fatime Versammlung“ sei „eine Spendenbüchse der Hisbollah“, sagte der Innenminister beim Verbot des zweiten Vereins. Das Verbot sei erfolgt, weil der Verein gegen die demokratische Grundordnung und den Gedanken der Völkerverständigung verstoße. Mit dem Verbot sei ein „wichtiger Außenposten der Hisbollah“ dicht gemacht worden. „Es kann nicht sein, dass auf unserem Boden gegen unsere Werte gehetzt und propagiert wird“, so Reul. Aktivitäten der Hisbollah sind seit 2020 in Deutschland verboten ([mehr](#)).

2.3. NRW: Liberale Muslime kritisieren „rechtswidriges“ Verfahren beim Religionsunterricht

Der Liberal-Islamische Bund (LIB) hat sich kritisch zum Zustand des Islamischen Religionsunterrichts (IRU) in Nordrhein-Westfalen geäußert.

Die Vergabe der Lehreraubnis (Idschaza) sei schon vor der Novelle des Schulgesetzes ein zentraler Streitpunkt gewesen. Nicht selten sei die Idschaza „aufgrund von sachwidrigen Gründen seitens des vorherigen IRU-Beirats verweigert worden“. Nun sei klar festgeschrieben, „dass die Lehreraubnis nur aus theologischen Gründen verweigert werden darf (§ 132a Absatz 6 Satz 3 Schulgesetz NRW).“ Die Kommission knüpfe sie allerdings „auch an den Nachweis einer aktiven Moschee-Zugehörigkeit“.

Dies sei „evident rechtswidrig“, erklärte Waqar Tariq, Jurist und Berater des Bundesvorstands des Liberal-Islamischen Bundes. Die Lehreraubnis diene dazu, „sicherzustellen, dass bei den IRU-Lehrkräften eine Bekenntnisgebundenheit zum Islam gegeben ist. Ob jemand aktiv (oder auch passiv) einer Moschee zugehörig ist oder nicht, ist aus islamisch-theologischer Sicht kein Kriterium für eine Bekenntnisgebundenheit zum Islam.“ Im Gegenteil gelte: „Man kann als gläubige muslimische Person gerade aus einer religiösen Motivation heraus eine Zugehörigkeit zu Moscheen aufgrund des in ihnen vertretenen Islamverständnisses ablehnen.“

Die Landesregierung müsse die Einhaltung des geltenden Rechts durchsetzen, so Tariq weiter. „Als Exekutive lediglich ‚unglücklich‘ zu sein über die Situation ist keine akzeptable Handlungsoption für ein an Gesetz und Recht gebundenes staatliches Organ.“ Die „Apathie“ der Landesregierung sei nicht hinnehmbar. Lehrerinnen und Lehrern, deren Idschaza-Anträge „auf Grund dieses rechtswidrigen Vergabe-Kriteriums abgelehnt werden“, rate man, sich juristisch zur Wehr zu setzen.

Darüber hinaus gelte nach wie vor, „dass die Aufnahme insbesondere von DITIB und Islamrat in die IRU-Kommission gegen die im Schulgesetz NRW normierten rechtlichen Voraussetzungen verstößt“. DITIB mangle es „insbesondere an der gesetzlich geforderten Eigenständigkeit und Staatsunabhängigkeit.“ Der Islamrat verehere bis heute den islamistischen „Gründer der Millî Görüş-Bewegung Necmettin Erbakan, der Antisemitismus verbreitete“ und zum Steuerbetrug angestiftet habe ([mehr](#)).

2.4. Bremen: Innensenator verbietet „Al-Mustafa Gemeinschaft“

Der Senator für Inneres der Hansestadt Bremen hat den Verein „Al-Mustafa Gemeinschaft e.V.“ (AMG) in Woltmershausen verboten und das Vereinsvermögen beschlagnahmt.

Es handele sich bei dem Verein um einen „extremistischen Unterstützerverein der ‚Hizb Allah‘“ (Hisbollah) in Bremen, so Innensenator Ulrich Mäurer (SPD). Er rufe zum Hass gegen Angehörige anderer Religionen auf, lehne zentrale Elemente der völkerrechtlichen Ordnung ab und fördere Gewalt und Terrorismus gegen den Staat Israel. Das Verbot des Vereins sei daher „zwingend notwendig“. „Sobald Antisemitismus propagiert und die Gewalt von Terrororganisationen glorifiziert und unterstützt wird, gilt eine Null-Toleranz-Politik“, so Mäurer. Ebenfalls verboten wurde die so genannte „Pfadfindergruppe“ des Vereins.

Der Verein stand seit vielen Jahren unter Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Der mit ihm verbundene Verein „Waisenkinderprojekt Libanon e.V.“ wurde 2014 durch das Bundesinnenministerium verboten. Nachfolgevereine wurden 2015 sowie 2021 ebenfalls verboten ([mehr](#)).

Die „Al-Mustafa Gemeinschaft“ galt als größte schiitische Gemeinde Bremens. Sie war Mitglied im Landesverband Schura Bremen. Die Schura erklärte dazu, mit dem Verbot erlösche die Mitgliedschaft „mit sofortiger Wirkung“. Der Verband distanzieren sich „von jeglichen terroristischen Organisationen und deren Unterstützern“.

Zugleich fänden mit dem Verbot langjährige Bestrebungen, „sich konstruktiv mit den Vorwürfen und den sich dadurch ergebenden Spannungen auseinander zu setzen“, ein abruptes Ende. Es sei offen, „wo die neue Heimat für die vielen Hundert schiitischen Musliminnen und Muslime zukünftig sein wird.“ Die Schura bewerte Vereinsverbote von Religionsgemeinschaften „deshalb sehr kritisch, da die Ursachen eines Verbots hierdurch in der Regel nicht beseitigt, sondern in andere Lebens- bzw. Gesellschaftsbereiche verlagert werden“ ([mehr](#)).

2.5. Koptischer Bischof kritisiert russischen Krieg gegen die Ukraine

Der Bischof der Koptisch-Orthodoxen Kirche in Deutschland, Anba Damian, hat den russischen Einmarsch in die Ukraine mit deutlichen Worten kritisiert. „Der Krieg muss sofort und bedingungslos beendet werden.“ Es gebe keine Rechtfertigung für das Vorgehen des russischen Präsidenten, schreibt der Diözesanbischof von Norddeutschland mit Sitz in Höxter in einer Stellungnahme.

Persönlich sei er von Wladimir Putin „aufs schwerste“ enttäuscht, so Damian weiter. Noch bis vor kurzem habe er ihn als „Verteidiger und Beschützer der Orthodoxie“ bewundert, „ihn in Schutz genommen und bei hochrangigen deutschen Politikern verteidigt.“ „Jetzt bin ich aufs schwerste von ihm enttäuscht und fühle mich in meiner Seele schwer verletzt.“ „Dieser Albtraum und Wahnsinn, sowie diese Eskalation der Gewalt müssen gestoppt werden!“ ([mehr](#)).

Die Beurteilung des Krieges in der Ukraine ist unter den orthodoxen Nationalkirchen strittig ([mehr](#)). Für den Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche sind die Gegner der russischen Armee in der Ukraine „Kräfte des Bösen“ (s. Mitteilungen 2/2022, S. 3; [mehr](#)).

2.6. Was sonst noch war

- Köln: Jahresempfang der Deutschen Bischofskonferenz für die Partner im christlich-islamischen Dialog; Katholiken und Muslime betonen Verbundenheit ([mehr](#))
- Köln: Christlich-Muslimische Friedensinitiative Deutschland bildet 14 Friedensboten/Friedensbotinnen aus ([mehr](#))
- Hannover: Berliner Bischof Christian Stäblein wird Beauftragter für Flüchtlingsfragen der Evangelischen Kirche in Deutschland ([mehr](#))
- Neue Internetseite zum Islam in Deutschland und zur Geschichte deutscher Muslime: Moinund-salam.de ([hier](#))
- Lutherische Kirchen in Polen und Deutschland appellieren an das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, sich für ein Ende des Krieges in der Ukraine einzusetzen ([mehr](#))
- Bundesregierung erklärt den 11. März zum nationalen Gedenktag für Opfer terroristischer Gewalt ([mehr](#))
- UNO erklärt den 15. März zum internationalen Tag gegen Islamophobie ([mehr](#)).

3. Video

Wie liest man den Koran?

Religionen im Gespräch

Gast: Nimet Seker, Institut für Studien der Kultur und Religion des Islam, Goethe-Universität, Frankfurt am Main

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

4. Literatur: Neuerscheinungen

P. Antes (Hg.), Islam III. Vom 19. Jahrhundert bis heute, Stuttgart 2022

H. Buss, Wissenschaft – Ausbildung – Politik. Die Göttinger Theologische Fakultät in der Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit, Göttingen 2021 ([hier](#))

U. Karagedik, Hadithhermeneutik. Methoden, Grundlagen und Praxis, Göttingen 2021

G. Krämer, Der Architekt des Islamismus. Hasan al-Banna und die Muslimbrüder, München 2022

D. Rüschemschmidt, Zwischen Kirchturm und Minarett. Der christlich-islamische Dialog seit 1973, Frankfurt am Main 2022.

Hannover, den 29.3.2022

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 4, 2022

1. Niedersachsen

1.1. Göttingen: Fastenbrechen in und vor der DITIB-Moschee

Auf Anregung der Göttinger Oberbürgermeisterin Petra Broistedt (SPD) hat der Vorstand der DITIB-Moschee erstmals zu einem öffentlichen Fastenbrechen eingeladen. Etwa 300 Gäste folgten der Einladung des neuen DITIB-Vorsitzenden Ali Serkan Sahbaz, unter ihnen Sozialdezernentin Anja Krause, Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten, die türkische Generalkonsulin Gül Özge Kaya sowie Repräsentanten der christlichen und jüdischen Religionsgemeinschaften und des Runden Tisches der Abrahamsreligionen. Zur Bewirtung der vielen Gäste wurden vor der Moschee Zelte aufgebaut.

Die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Göttingen, Jaqueline Jürgenliemk, bezeichnete das gemeinsame Fastenbrechen als einen „Neustart“. Der frühere Vorsitzende der DITIB-Moschee war nach antisemitischen Äußerungen wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten auf Bewährung verurteilt worden (s. Mitteilungen 2/2022, S. 1) ([mehr](#)). Der neue Vorsitzende Sahbaz sagte, alle Vorstandsmitglieder der Moschee seien mittlerweile neu gewählt worden. In Zukunft solle es Aktionen gegen Antisemitismus und Hass geben. Jürgenliemk erklärte, es gebe eine neue Vertrauensbasis ([mehr](#)).

1.2. Programm gegen Radikalisierung startet an fünf Orten in Niedersachsen

Um junge Menschen vor politischer oder religiöser Radikalisierung zu schützen, ist in fünf niedersächsischen Städten das bundesweit erprobte Präventionsprogramm „Blickwechsel“ angelaufen.

Seit März stünden speziell ausgebildete Trainer in Hannover, Hildesheim, Wolfsburg, Gifhorn und Rotenburg bereit, teilte das niedersächsische Justizministerium mit. Das Programm werde für alle Extremismusformen angeboten, etwa für Rechtsextremismus und Islamismus. Es soll gefährdete Personen zwischen 13 und 25 Jahren in Einzeltrainings vor einem Einstieg in die extremistische Szene bewahren oder sie beim Ausstieg unterstützen.

„Das Training ‚Blickwechsel‘ ist eine wichtige Ergänzung zu unseren bestehenden Angeboten, weil es Radikalisierungsprozesse schon sehr früh unterbrechen kann“, sagte Justizministerin Barbara Havliza (CDU). In den 40-stündigen Einzeltrainings stärken pädagogische Fachkräfte die psychosozialen Fähigkeiten der Betroffenen, insbesondere Empathie, Frustrationstoleranz, moralisches Urteilen und Affektkontrolle.

Das Präventionskonzept wurde unter anderem von Mitarbeitern der Freien Universität Berlin entwickelt. 2019 beschloss das Land Niedersachsen, das Angebot zu übernehmen. Geeignete Personen können von Jugendgerichten und Jugendstaatsanwaltschaften, von der Bewährungshilfe oder durch pädagogische Fachkräfte zugewiesen werden ([mehr](#)).

1.3. Hannover: Pro-Palästinensische Demonstranten greifen Gegendemonstranten an

Bei einer Pro-Palästina-Demonstration in der Innenstadt Hannovers ist es zu einem Übergriff auf eine Gegendemonstration gekommen. Ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Körperverletzung gegen einen Mann aus Hildesheim sei eingeleitet worden, teilte die Polizei mit.

Die Demonstranten hatten die Gegendemonstranten angegriffen und versucht, ihnen eine Israelfahne zu entreißen. Dabei wurde der ehemalige Landtagsabgeordnete Michael Höntsch zu Boden gestoßen. Die Polizei drängte die Angreifer mit Pfefferspray zurück und schützte die Gegendemonstration, bei der unter anderen Mitglieder der Jüdischen Gemeinde anwesend waren. Zuvor hatten die Demonstranten Parolen wie „Israel – Kindermörder“, „Israel – Lügner“ und „Intifada“ skandiert.

Die Vorsitzende der Liberalen Jüdischen Gemeinde, Rebecca Seidler, und der Vorsitzende der deutsch-israelischen Gesellschaft, Kay Schweigmann-Greve, kritisierten den Bericht über den Vorfall in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung ([mehr](#)). Sie habe die Ereignisse verzerrt wiedergegeben und nicht hinreichend deutlich gemacht, dass es hier nicht um eine tätliche Auseinandersetzung von „zwei Lagern“ gegangen sei.

Der Vorsitzende der Palästinensischen Gemeinde Hannover, Yazid Shammout, sagte dazu, die Demonstration sei von einer Gruppe namens „Die Feder“ angemeldet worden. Von ihr habe er zuvor noch nie gehört. Die Palästinensische Gemeinde habe sich von dem Aufruf zur Demonstration distanziert ([mehr](#)).

1.4. Was sonst noch war

- Ramadanempfang der Schura Niedersachsen ([mehr](#))
- Politik ([mehr](#)) und Kirchen ([mehr](#)) senden Grüße zum Ramadan.

2. Allgemeine Lage

2.1. Fußball-Bundesliga: Schiedsrichter unterbrechen Spiele für Ramadan-Trinkpause

Erstmals haben Schiedsrichter der Fußball-Bundesliga Spiele unterbrochen, damit muslimische Spieler ihr Fasten brechen können.

Auf Bitten des Mainzer Spielers Moussa Niakhate unterbrach Schiedsrichter Matthias Jöllenbeck das Nachholspiel zwischen Augsburg und Mainz am Abend des 6. April. Einige Tage später unterbrach Schiedsrichter Bastian Dankert die Partie zwischen Leipzig und Hoffenheim auf Bitten des Leipziger Spielers Mohamed Simakan. In beiden Fällen wurden die Partien genau zum Zeitpunkt des Fastenbrechens für einige Minuten unterbrochen.

Die beteiligten Vereine begrüßten die neue Praxis. Auf Anfrage des Sport-Informations-Dienstes sagte der Leipziger Mannschaftsarzt Robert Percy Marshall: „Da das Fasten einen direkten Einfluss auf die körperliche und mentale Belastbarkeit haben kann, begrüßen wir es sehr, dass den Spielern eine entsprechende Pause eingeräumt wird.“ Sobald möglich, versorge man die Athleten mit isotonischen Getränken oder Proteinsakes. Ohnehin stehe man „mit dem Sportler in ständigem Austausch, was die subjektive Belastbarkeit betrifft.“

Auch der Deutsche Fußball-Bund begrüßte die Entscheidung der Schiedsrichter. „Eine generelle Anweisung gibt es dazu zwar nicht, aber wir unterstützen es natürlich, wenn unsere Schiedsrichter auf Bitten der Spieler während des Ramadan solche Trinkpausen zulassen“, sagte Lutz Michael Fröhlich, Geschäftsführer Sport und Kommunikation der neu gegründeten „DFB Schiri GmbH“, der Deutschen Presseagentur. „Das sollen sie gerne auch weiterhin so handhaben“ ([mehr](#)).

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, sagte dem Deutschlandfunk, die Spieler seien aus Sicht des Zentralrats nicht verpflichtet, tagsüber zu fasten. Vielmehr könnten sie an Spieletagen und in der Vorbereitung auch tagsüber essen und trinken. Die Fastentage müssten in dem Fall nachgeholt werden. Einige Spieler wollten von dieser Ausnahmeregelung allerdings keinen Gebrauch machen.

In der englischen ersten Fußball-Liga sind Spielunterbrechungen im Ramadan schon seit längerem üblich ([mehr](#)).

2.2. Universität Bonn würdigt Annemarie Schimmel

Die Universität Bonn hat die Islamwissenschaftlerin und Orientalistin Annemarie Schimmel (1922–2003) mit einem Festakt zum 100. Geburtstag gewürdigt.

Der katholische Theologe Klaus von Stosch sagte, mit ihrem Namen verbinde sich „die Bereitschaft, sich von anderen Religionen faszinieren zu lassen, anstatt Abgrenzung zu betreiben.“ Sie sei ein „echte Brückenbauerin“ gewesen. Von Stosch leitet das neu gegründete „International Center for Comparative Theology and Social Issues“ (CTSI) an der Universität Bonn.

Schimmel gilt als bedeutendste nicht-muslimische Islamwissenschaftlerin des 20. Jahrhunderts. Sie verfasste über 100 Bücher und Artikel, vor allem über Mystik im Islam. Sie lehrte 25 Jahre lang an der Harvard University in den USA und war zuvor als erste christliche Professorin an der Fakultät für islamische Theologie der Universität in Ankara tätig. 1922 in Erfurt geboren, lernte Schimmel bereits als Jugendliche Arabisch. In Berlin studierte sie Arabistik und Islamwissenschaften und wurde im Alter von 19 Jahren promoviert. 2003 starb sie in Bonn.

Das CTSI kündigte an, jährlich ein Annemarie-Schimmel-Fellowship ausschreiben zu wollen. Damit solle internationalen Wissenschaftlern aus dem Bereich der Komparativen Theologie ein Forschungsaufenthalt in Bonn ermöglicht werden. Im kommenden Jahr starte zudem die Annemarie-Schimmel-Lecture, die weltweit führende Experten des interreligiösen Dialogs nach Bonn bringen wolle. Erster Redner sei der jordanische Prinz Ghazi bin Muhammad ([mehr](#)).

2.3. Berlin: Ermittlungen nach Ausschreitungen bei anti-israelischen Demonstrationen

Nach anti-israelischen Demonstrationen hat die Berliner Polizei Strafvermittlungsverfahren wegen besonders schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Volksverhetzung eingeleitet. Zwei Tatverdächtige wurden festgenommen.

Zuvor war eine Demonstration „Gegen die anhaltende Enteignung der Palästinenser in Jerusalem und extreme Gewalt gegen die Palästinensische Zivilbevölkerung“ eskaliert. Es seien „volksverhetzende Parolen gerufen sowie Journalistinnen und Journalisten bedrängt, beleidigt und angegriffen“ worden, teilte die Polizei mit. Medienvertreter seien antisemitisch beleidigt worden ([mehr](#)).

Innensenatorin Iris Spranger (SPD) erklärte dazu: „Meine Position ist glasklar: Als Gesellschaft müssen wir uns eindeutig und geschlossen gegen Antisemitismus und Hass stellen. Straftaten werden mit aller Konsequenz verfolgt, um hier eine unmissverständliche Grenze zu ziehen.“ Ähnlich äußerte sich Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ([mehr](#)).

2.4. Griechisch-Orthodoxe Akademie verdammt „totalitäre“ Ideologie der „Russischen Welt“

Die Griechisch-Orthodoxe Akademie für Theologische Studien in Volos, Griechenland, hat eine Erklärung zur sogenannten Lehre der „Russischen Welt“ (Russki Mir) veröffentlicht.

Darin heißt es, die unter anderem vom Moskauer Patriarchen Kyrill und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vertretene Lehre sei eine „unorthodoxe“ Ideologie und eine „Häresie“. Sie basiere auf völkischen Prinzipien, verbreite eine falsche, fundamentalistische, totalitäre, nationalistische Lehre („ethno-phyletism“) und spalte die Orthodoxe Kirche. Wenn die Orthodoxe Kirche den Prinzipien der „Russki Mir“ folge, höre sie auf, die Kirche Jesu Christi zu sein, der in jeder Hinsicht das Gegenteil von dem gelehrt habe, was gegenwärtig in Moskau gelte („If we hold such false principles as valid, then the Orthodox Church ceases to be the Church of the Gospel of Jesus Christ“).

Die Erklärung wurde von mehr als 1400 namhaften Personen aus aller Welt unterzeichnet ([mehr](#)).

2.5. Was sonst noch war

– Berlin: Nimet Seker zur Professorin für Islamische Textwissenschaft am Institut für Islamische Theologie der Humboldt-Universität berufen ([mehr](#))

– Jerusalem: Mehr als 150 Verletzte nach schweren Auseinandersetzungen auf dem Tempelberg und in der Al-Aksa-Moschee ([mehr](#)).

3. Migrationsforschung

Statistisches Bundesamt: Mehr als jede vierte Person hat einen Migrationshintergrund

Im Jahr 2021 hatten 22,3 Millionen Menschen und somit 27,2 Prozent der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund. Das teilte das Statistische Bundesamt mit. Gegenüber dem Vorjahr sei die Zahl um 2,0 Prozent gestiegen (2020: 21,9 Millionen).

Im Jahr 2021 hatten 53 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund die deutsche und gut 47 Prozent eine ausländische Staatsangehörigkeit, teilte das Amt weiter mit. Die überwiegende Mehrheit der ausländischen Bevölkerung ist selbst zugewandert (84 Prozent). Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund sind es nur 43 Prozent.

Etwa zwei Drittel der Personen mit Migrationshintergrund sind aus einem anderen europäischen Land eingewandert oder deren Nachkommen. Wichtigste Herkunftsländer sind die Türkei (12 Prozent), Polen (10), die Russische Föderation (6), Kasachstan (6) und Syrien (5). Knapp die Hälfte (49 Prozent) aller Personen mit Migrationshintergrund ist mehrsprachig.

Der Mikrozensus des Statistischen Bundesamts ist eine Stichprobenerhebung, bei der jährlich rund 1 Prozent der Bevölkerung befragt wird. Alle Angaben beruhen auf Selbstauskünften der Befragten. Um aus den erhobenen Daten Aussagen über die Gesamtbevölkerung treffen zu können, werden die Daten an den Eckwerten der Bevölkerungsfortschreibung hochgerechnet.

Der Mikrozensus ist die einzige amtliche Datenquelle zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Nach der zugrunde gelegten Definition hat eine Person einen „Migrationshintergrund“, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde ([mehr](#)).

4. Veranstaltungen

Islam auf dem Balkan

Der Balkan und seine religionspolitische Relevanz für den Islam in Europa/Deutschland

9.–11. Mai 2022, Evangelische Akademie Loccum, in Präsenz und online

Referent/innen: Kerem Öktem, Bekim Agai, Eckehard Pistrick, Heiner Grunert, Evelyn Reuter, Christian Voß, Thomas Schad, Joseph Marko, Heike Karge, Tobias Flessenkemper, Florian Bieber, Aldin Kusur, Esnaf Begić, Herbert Küpper, Ednan Arslan, Hans Hofmann, Engin Karahan ([mehr](#)).

5. Video

Religionen in der Schule 3: Sunniten

Religionen im Gespräch

Gast: Imam Aldin Kusur, Hannover

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

Hannover, den 27.4.2022

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 5, 2022

1. Niedersachsen

1.1. Hannover: Religionsgemeinschaften wollen verantwortlicher mit Schöpfung umgehen

Vertreterinnen und Vertreter aus Judentum, Christentum und Islam haben in Hannover zu einem verantwortungsvolleren Umgang mit der Schöpfung aufgerufen.

Der katholische Bischof Heiner Wilmer aus Hildesheim sagte bei der interreligiösen Zusammenkunft im Forum St. Joseph in Hannover, ein so großes gesellschaftliches Thema lasse sich nur gemeinsam besprechen: „Im Haus der Schöpfung wohnen alle Menschen und Religionen.“ Der Ratsvorsitzende der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Bischof Thomas Adomeit, mahnte, die Religionsgemeinschaften selbst müssten noch viel in Sachen Umwelt- und Klimaschutz tun.

Rabbinerin Ulrike Offenberg sagte in ihrem Impulsvortrag, es sei „schlimmster Verrat an Gott“, dass Menschen seit der industriellen Revolution Gottes Schöpfung und somit ihre eigenen Lebensgrundlagen zerstörten. Religiöse Menschen müssten sich selbst, ihre Gemeinde und die Gesellschaft mit diesem Verrat konfrontieren. Sie müssten auch ihre Theologie und ihre religiöse Lebensweise hinterfragen. Wenn Gemeinden Abfallvermeidung, Umwelterziehung und Klimaneutralität umsetzten, sei all das „ein deutlicheres Zeugnis für unsere Treue zu Gott“ als Davidstern, Halbmond oder Kreuz, so die Rabbinerin der liberalen jüdischen Gemeinde Hameln.

Muna Tatari, Professorin für Islamische Theologie an der Universität Paderborn, fügte hinzu, das Verhältnis eines Menschen zu Gott hänge auch vom Verhältnis zu anderen Lebewesen ab: „Die Beziehung zum Schöpfer“ zeige sich „an der Beziehung zur Schöpfung“. Dirk Preuß, Umweltbeauftragter der katholischen Diözese Hildesheim, sagte, die Trauer um die Zerstörung des Planeten sei auch ein großes seelsorgliches Thema. Religionsgemeinschaften könnten aber nur dafür ansprechbar sein, wenn sie selbst „glaubwürdig alles uns Mögliche unternehmen, die Ausbeutung der Natur zu beenden“.

Die niedersächsischen Kirchen hatten unter dem Titel „Gemeinsam Schöpfung bewahren“ erstmals zu einer jüdisch-christlich-muslimischen Begegnung eingeladen. Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) wünschte den Beteiligten, dass die Begegnung der drei Religionsgemeinschaften künftig regelmäßig stattfinde. „Als Land freuen wir uns sehr über diese Initiative“.

Ein Videomitschnitt der Veranstaltung findet sich [hier](#).

1.2. Tag der Niedersachsen: Erstmals gemeinsame Meile der Religionsgemeinschaften

Beim 37. Tag der Niedersachsen vom 10. bis zum 12. Juni gibt es erstmals eine gemeinsame Meile der Religionsgemeinschaften. Christen, Juden, Muslime, Jesiden und das Haus der Religionen gestalten in Hannover ein gemeinsames Programm unter dem Titel „Mehr Himmel auf Erden“, teilte die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen mit. Die bisherige „Kirchenmeile“ werde zur „Meile der Kirchen und Religionsgemeinschaften“ erweitert.

Zum Tag der Niedersachsen werden unter dem Motto „Stadt.Land.Fest“ insgesamt mehr als 400.000 Besucherinnen und Besucher erwartet. Die Zusammenarbeit der Religionsgemeinschaften sei „ein wunderbares Zeichen“, sagte der Ratsvorsitzende der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Bischof Thomas Adomeit aus Oldenburg. „Frieden, Gerechtigkeit und der Einsatz gegen den Klimawandel sind Themen, die wir noch viel stärker als bisher gemeinsam angehen müssen.“ Der Tag der Niedersachsen sei ein weithin sichtbarer Schritt für diese gemeinsame Verantwortung. 2019 hatte sich in Wilhelmshaven bereits die Gemeinschaft der Eziden an der damaligen Kirchenmeile beteiligt ([mehr](#)).

1.3. Hildesheim: Dommuseum zeigt Sonderausstellung „Islam in Europa 1000–1250“

Das Dommuseum Hildesheim zeigt ab dem 7. September die Sonderausstellung „Islam in Europa 1000–1250“. Die Schau thematisiere die Gemeinsamkeiten der Kulturen im Mittelalter, teilte das Bistum Hildesheim mit. Hochkarätige, seltene Leihgaben unter anderem aus Florenz, London, Paris und Wien böten eine einzigartige Möglichkeit, dieses auch für die Gegenwart relevante Thema zu vertiefen.

Córdoba, Palermo, Kairo und Konstantinopel seien im Mittelalter glänzende Metropolen mit florierender Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst gewesen, heißt es in der Ankündigung. Kostbare Gefäße, Stoffe, Schnitzereien und Übersetzungen von wissenschaftlicher Literatur hätten aus den vom Islam geprägten Regionen ihren Weg bis nach Mitteleuropa gefunden. Diese „Migration der Objekte“ sowie die Vermittlung von Wissen und Technik hätten zu einer engen Verflechtung der Kulturen geführt: „In den Kirchenschätzen erhalten, zeugen sie von den Gemeinsamkeiten der Kulturen in der Zeit zwischen 1000 und 1250.“

Die Schau wird begleitet von einem umfassenden Begleitprogramm, darunter Führungen in arabischer, deutscher und türkischer Sprache ([mehr](#)).

1.4. Was sonst noch war

- Landesbischof Meister sendet zum Ramadanfest Glückwünsche an die muslimischen Verbände ([mehr](#))
- Rechtsgutachten gibt grünes Licht für „christlichen Religionsunterricht“ ([mehr](#))
- Oberlandesgericht Celle: IS-Rückkehrerin zu 39 Monaten Haft verurteilt ([mehr](#))
- Burgdorf: Ezidin auf offener Straße von ihrem Mann erstochen ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Konferenz für Kirche und Islam der EKD besucht Bosnien-Herzegowina

Auf Einladung der Islamischen Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland und der Islamischen Glaubensgemeinschaft Bosnien-Herzegowina hat eine Delegation der Konferenz für Kirche und Islam der Evangelischen Kirche in Deutschland Bosnien besucht.

Auf dem Programm der einwöchigen Reise standen unter anderem Gespräche mit Großmufti Husein Kavazović, der Islamischen Fakultät der Universität Sarajevo sowie mit den leitenden Theologen in Mostar, Tuzla und Srebrenica.

„Ziel der Reise war es, den bosnisch geprägten Islam besser kennenzulernen und uns über die aktuelle Situation der muslimischen Gemeinschaft in Bosnien zu informieren“, sagte der Beauftragte für Kirche und Islam in der hannoverschen Landeskirche, Wolfgang Reinbold. „Der Reichtum und die Vielfalt des bosnischen Islams hat die Delegation beeindruckt. Viele Einrichtungen gehen zurück auf das 15. und 16. Jahrhundert. Das wird in der Diskussion über einen ‚europäischen Islam‘ oft übersehen.“

Die Reisegruppe wurde begleitet von einer dreiköpfigen Delegation der Islamischen Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland, die die Gesprächstermine organisiert hatte. „Es waren außerordentlich fruchtbare Gespräche“, sagte der Imam der bosnischen Moschee in Hannover, Aldin Kusur. „Der bosnische Islam ist ein autochthoner europäischer Islam. Wir meinen, dass er eine wichtige Rolle in den Herausforderungen spielen kann, die in Deutschland und in Bosnien-Herzegowina vor uns liegen.“

Weitere Mitglieder der Delegation waren Elisabeth Hartlieb (Karlsruhe), Ralf Lange-Sonntag (Bielefeld), Sönke Lorberg-Fehring (Hamburg), Rafael Nikodemus (Düsseldorf), Stefan Schreiner (Universität Tübingen) sowie Adem Hasanovic (Wiesbaden) und Meho Travljanin (Berlin) ([mehr](#)).

2.2. Nordrhein-Westfalen erkennt Schule des Islamischen Sufismus als Körperschaft an

Das Land Nordrhein-Westfalen hat die Gemeinschaft „Maktab Tarighat Oveyssi Shahmaghsoudi (MTO) – Schule des Islamischen Sufismus“ als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt. Das teilte die MTO Shahmaghsoudi in Düsseldorf mit.

Die Gemeinschaft hat nach eigenen Angaben weltweit etwa eine Million Mitglieder. Sie verfügt über Zentren in Düsseldorf, Köln, Frankfurt, Hannover, Stuttgart und Hamburg. „Mit der Botschaft der Selbsterkenntnis als Grundlage für ein Leben in Frieden und Freiheit bietet die MTO Sufi-Schule seit über 35 Jahren allen Menschen in Deutschland die Lehren des Sufismus an. Diese Lehren stehen allen Menschen offen, die den Zugang zur eigenen Spiritualität suchen, unabhängig vom kulturellen oder religiösen Hintergrund“, teilte die MTO mit. „Mit der Verleihung des Status zur Körperschaft des öffentlichen Rechts und der damit verbundenen Wertschätzung und Anerkennung, ist MTO darin bestärkt weiterhin allen Menschen zu ermöglichen den Sufismus zu praktizieren und die Lehren der Selbsterkenntnis zu verbreiten; Zugleich sind die Mitglieder der MTO bundesweit ermutigt, ihr soziales Engagement zum Wohle der Gemeinschaft sowie die Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs zu intensivieren.“

Die Gemeinschaft führt sich zurück auf Uways al-Qarani, der zur Zeit des Propheten Muhammad lebte und als einer der ersten islamischen Mystiker gilt ([mehr](#)).

2.3. Hessen muss beim Religionsunterricht weiter mit DITIB kooperieren

Das Land Hessen muss den Islamischen Religionsunterricht mit dem DITIB-Landesverband fortsetzen. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel lehnte den Antrag des Landes auf Berufung gegen den entsprechenden Beschluss des Verwaltungsgerichts Wiesbaden ab (AZ: 7 A 1802/21.Z; vgl. Mitteilungen 8/2021, S. 1). Damit ist das Bemühen von Kultusminister Alexander Lorz (CDU) gescheitert, den mit der türkischen Religionsbehörde Diyanet eng verbundenen Verband aus dem hessischen Schulunterricht zu entfernen.

Das Land Hessen habe durch den Einrichtungsbescheid vom 17. Dezember 2012 eine Kooperationspartnerschaft mit DITIB Hessen und der Ahmadiyya-Gemeinschaft für einen bekenntnisorientierten Islamunterricht an den Schulen geschlossen, begründete der VGH den Beschluss. Dieser Bescheid entfalte weiterhin „Bindungswirkung“, denn er sei „nicht zurückgenommen, widerrufen oder anderweitig aufgehoben worden“. Die Mitteilung der Aussetzung des Bescheides vom 28. April 2020 genüge nicht. Wenn das Land die Fortsetzung der Kooperation für verfassungswidrig halte, müsse es den Einrichtungsbescheid aufheben, so der VGH ([mehr](#)).

2.4. Finanzgericht Berlin-Brandenburg gibt Klage der Muslimischen Jugend in Deutschland statt

Das Finanzgericht Berlin-Brandenburg hat einer Klage des Vereins „Muslimische Jugend in Deutschland e.V.“ (MJD) gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die Jahre 2007–2017 stattgegeben.

Dem Verein war die Gemeinnützigkeit aberkannt worden, weil er von verschiedenen Verfassungsschutzberichten als Jugendorganisation der damaligen „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland“ (IGD) eingestuft worden war. Die IGD galt als zentrale Organisation der Muslimbruderschaft in Deutschland (s. dazu zuletzt Mitteilungen 11/2019, S. 3).

Das Urteil sei eine wichtige Klarstellung darüber, dass das „zivilgesellschaftliche Engagement der MJD für eine deutsch-muslimische Identität authentisch ist und zu Unrecht behindert wurde“, erklärte der Vorsitzende Sarwar Faraj. Es habe einen bitteren Beigeschmack, dass das Verfahren so lange gedauert habe. Man werde die Jugendarbeit fortsetzen, um „einen Beitrag als junge Muslime für die Zukunft unserer Gesellschaft und unser aller Zusammenhalt darin zu leisten“ ([mehr](#)).

2.5. Was sonst noch war

- Hamburg: Katholische Kirche will sich künftig am interreligiösen Religionsunterricht beteiligen ([mehr](#))
- Bremen: Pastor Andreas Quade zum Beauftragten der Bremischen Evangelischen Kirche für den Dialog mit den Religionen ernannt ([mehr](#))
- Potsdam: Missbrauchsvorwürfe gegen Mitglieder des Kollegiums des Abraham-Geiger-Kollegs ([mehr](#)).

3. Meinungsforschung

3.1. Studie der Evangelischen Kirche in Deutschland zu Vorurteilsstrukturen

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat in einer Studie den Zusammenhang zwischen Kirchenmitgliedschaft, Religiosität und Vorurteilsstrukturen untersucht. Wichtige Ergebnisse:

- Kirchenmitglieder unterscheiden sich in ihren Einstellungen zu anderen Kulturen, Religionen und zu Genderthemen insgesamt kaum von der Gesamtbevölkerung.
- Zwischen der Religiosität der Kirchenmitglieder und ihren Vorurteilsstrukturen besteht ein Zusammenhang: Je bedeutender der christliche Glaube für jemanden ist, desto weniger ausgeprägt sind rassistische, islamfeindliche und antisemitische Einstellungen. Zugleich nehmen mit stärkerer Religiosität die Vorbehalte gegenüber sexueller Diversität zu.
- Es gibt starke Unterschiede zwischen den „monoreligiös“ und den „transreligiös“ Orientierten. Dabei erweist sich Trans-Religiosität „als eine religiöse Orientierung, die generell die Etablierung einer pluralen und durch Diversität geprägten Gesellschaft begünstigt.“

Als „monoreligiös“ gilt eine Orientierung, die den Wahrheitsgehalt anderer Religionen als gering einschätzt. Die transreligiöse Orientierung sei überzeugt, dass auch andere Religionen einen wahren Kern haben und dass man von der Begegnung mit ihnen profitieren könne.

Der Leipziger Religionssoziologe Gert Pickel sagte dem evangelischen Magazin Chrismon, die Transreligiösen neigten „weniger zu Vorurteilen als die Gesamtbevölkerung“. Bei den Monoreligiösen seien die Vorurteile hingegen stärker ausgeprägt. Diese Gruppe sei in den Kerngemeinden und in bestimmten Regionen Deutschlands, die man als „Bible Belts“ bezeichnen könne, überproportional vertreten. „Die Monoreligiösen machen 22 Prozent aus, eine kleine, sehr aktive Gruppe. Sie gehen von der Überlegenheit des Christentums aus, sind bereit, für ihre Religionen größere Opfer zu bringen und versuchen, möglichst viele Menschen für das Christentum zu gewinnen. Der Abstand der monoreligiös geprägten Kirchenmitglieder zur Gesamtbevölkerung bei Homophobie und Sexismus macht 30 bis 40 Prozent aus“, so Pickel ([mehr](#)).

3.2. Neue Allensbach-Studie zu Antisemitismus in Deutschland ([mehr](#)).

4. Video

Religionen in der Schule 3.2: Sunniten – Sportunterricht, Fasten, Geburtstage, Freitagsgebet

Religionen im Gespräch

Gast: Imam Aldin Kusur, Hannover

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

Hannover, den 3.6.2022

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 6, 2022

1. Niedersachsen

1.1. Evangelischer Dialogbeauftragter Reinbold: Bosnischer Islam kann Modell für Europa sein

In der Diskussion um den Islam in Europa sollte aus Sicht des evangelischen Theologie-Professors Wolfgang Reinbold der bosnische Islam mehr in den Blick kommen. Mit seiner langen Erfahrung des Zusammenlebens mit anderen Religionen stehe er für einen offenen und toleranten Islam, sagte der Beauftragte für Kirche und Islam der hannoverschen Landeskirche dem Evangelischen Pressedienst nach einer Bosnien-Reise. „Der verfasste bosnische Islam mit seiner fast 600-jährigen Tradition kann ein wunderbares Modell für Europa sein.“

Zur kirchenähnlichen Struktur des bosnischen Islam gehörten etwa Internate und theologische Hochschulen mit großer Tradition, erläuterte Reinbold. „Vertreter der islamischen Glaubensgemeinschaft kränkt es, wenn europäische Politiker den Islam, auch in Bosnien, in erster Linie als Problem und nicht als Teil Europas wahrnehmen.“ Die heutige Islamische Glaubensgemeinschaft Bosnien-Herzegowina sei im frühen 20. Jahrhundert durch ein Statut der österreichisch-ungarischen Monarchie entstanden, mit dem Groß-Mufti in Sarajevo als religiösem Oberhaupt.

Golfstaaten wie Katar und Saudi-Arabien versuchten zwar, ihre Islam-Auslegung mit millionenschweren Investitionen etwa in Moscheebauten zu fördern. Der Groß-Mufti und die Muftis vor Ort seien jedoch sehr darauf bedacht, die bosnische Tradition gegen solche Einflüsse zu verteidigen, etwa indem sie nur Imame mit Lehrerlaubnis der bosnischen Gemeinschaft einstellten.

Von einer rückwärtsgewandten islamischen „Erweckung“, vor der Beobachter seit mehreren Jahren warnen, sei zumindest in der Hauptstadt Sarajevo nichts zu spüren gewesen, sagte Reinbold. „Wenn Sie hier abends ein Glas Wein trinken gehen, fühlen Sie sich wie in einer mitteleuropäischen Großstadt.“ Tatsächlich seien die bosnischen Religionsvertreter stolz darauf, dass jüdische Synagogen in ihrem Land nicht von der Polizei geschützt werden müssten. Auch seien sie sehr interessiert am interreligiösen Austausch mit Christen und Juden ([mehr](#)).

1.2. Oldenburg: Muslimische Karate-Sportlerin darf nicht mit Kopftuch kämpfen

Eine muslimische Kampfsportlerin ist bei einem internationalen Wettbewerb in Oldenburg wegen ihres Kopftuchs disqualifiziert worden. Wegen des „regelwidrigen Tragens einer Kopfbedeckung“ bewertete die Jury die Vorführung der 16-jährigen Karate-Kämpferin aus Leer mit null Punkten.

Der islamische Landesverband Schura Niedersachsen kritisierte das Verhalten des Veranstalters, der „International Budo Federation Deutschland“. Die Kampfrichter hätten sich „diskriminierend und demütigend“ verhalten. Das „ausgrenzende Verhalten“ sei nicht nachvollziehbar.

Die Föderation wies den Vorwurf zurück. Die Wettkampfordnung sei „seit vielen Jahren bekannt“. Bei der Demonstration der Kampfformen gebe es aus traditionellen Gründen eine strenge Kleiderordnung, sagte Generalsekretär Andreas von der Haar dem Evangelischen Pressedienst ([mehr](#)).

Die Schura Niedersachsen appellierte an die Verantwortlichen, „eine Änderung der Wettkampfordnung respektive Kleiderordnung sachlich zu erörtern und eine Lösung zu erarbeiten, die zeitgemäß ist und von allen Parteien akzeptiert wird. Zudem sollte dem diskriminierenden und demütigenden Verhalten des Bundeskampfrichters Konsequenzen folgen und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, damit zukünftig allen Sportler:innen das gleiche würdevolle und wertschätzende Verhalten entgegengebracht wird“ ([mehr](#)).

1.3. Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung zieht Zwischenbilanz

Sozialministerin Daniela Behrens (SPD) hat eine Zwischenbilanz der 2015 gestarteten Beratungsstelle „beraten e.V. – Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung Niedersachsen“ vorgestellt.

Die Prävention gegenüber islamistischer und salafistischer Radikalisierung sei weiterhin eine wichtige Aufgabe, sagte die Ministerin. „Wir brauchen eine nicht nachlassende Aufmerksamkeit für das Thema.“ Seit der Gründung vor sieben Jahren habe die Beratungsstelle etwa 380 Anfragen wegen einer möglichen neo-salafistischen Radikalisierung erhalten. Zunächst sei es vor allem darum gegangen, die Ausreise junger Menschen in Gebiete des „Islamischen Staates“ zu verhindern. Inzwischen habe sich der Fokus hin zu Rückkehrenden aus Syrien und dem Irak verschoben. Ein wichtiges Thema sei auch das Wohl von Kindern aus radikalisierten oder rigoristischen Familien. Im Blick auf die Gefahr islamistisch motivierter Anschläge in Deutschland könne keine Entwarnung gegeben, so Behrens.

Das Land Niedersachsen unterstützt die Arbeit der Beratungsstelle mit rund 700.000 Euro pro Jahr. Die Ministerin bekräftigte, die Unterstützung solle fortgeführt werden. Die salafistische Szene in Niedersachsen sei seit 2015 von 520 auf rund 900 Personen angewachsen ([mehr](#)).

1.4. Bischof Meister: Antisemitisches Werk hätte nie auf der Documenta gezeigt werden dürfen

Nach Antisemitismusvorwürfen gegen die „documenta fifteen“ mehrt sich die Kritik an der Leitung der Kunstausstellung.

Der Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Ralf Meister, sagte dem Evangelischen Pressedienst, es sei bereits seit Monaten über antisemitische Tendenzen auf der documenta 15 diskutiert worden. „Ich hätte mir früher ein entschiedenes Eingreifen der Verantwortlichen gewünscht. Ein solches Bild hätte nie öffentlich ausgestellt werden dürfen“, betonte er mit Blick auf das antisemitische Werk „People’s Justice“ des indonesischen Künstlerkollektivs „Taring Padi“. Das Beispiel zeige, dass es auch in der Kunstszene antisemitische Strömungen gebe. Dem müsse sich die Gesellschaft entschieden entgegenstellen, so Meister.

Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, Michael Fürst: „Weg mit dieser Kunst, die keine ist!“ Die documenta-Leitung müsse Verantwortung übernehmen oder abberufen werden.

Das mittlerweile entfernte Bild „People’s Justice“ zeigt unter anderem einen Mann mit haifischartigen Raffenähnen und Zigarre. Eine angedeutete Schläfenlocke hängt herunter, auf dem Hut prangt die SS-Rune. An anderer Stelle wird unter einem Kanonenrohr eine Person in Uniform gezeigt, die aussieht wie ein Schwein. Auf dem roten Halstuch ist der Davidstern zu sehen, auf dem Helm der Name des israelischen Geheimdienstes Mossad. Das für die Arbeit verantwortliche Kollektiv Taring Padi hatte erklärt, das Werk stehe „in keiner Weise mit Antisemitismus in Verbindung“ ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Berlin: Islam-Institut an der Humboldt-Universität feierlich eröffnet

Das Berliner Institut für Islamische Theologie der Humboldt-Universität ist offiziell eröffnet worden. Bei dem Festakt sagte Berlins Wissenschaftssenatorin Ulrike Gote (Grüne), die Gründung sei ein „historischer Moment“ für die Berliner Wissenschaftslandschaft. Erstmals seien bekenntnisgebundene islamische Studien an einer Berliner Hochschule verankert. Der Festakt fand pandemiebedingt erst zweieinhalb Jahre nach Beginn der Lehrtätigkeit statt.

Gote betonte, die Theologien verschiedener Religionen könnten eine „große Bereicherung“ in den wissenschaftlichen Debatten sein. Dem Berliner Institut bescheinigte sie, bereits jetzt eine „außergewöhnliche wissenschaftliche Dynamik“ zu zeigen. Sie rief das Institut auf, „ein unverzichtbarer und international beachteter Teil des Berliner Wissenschaftsstandorts“ zu werden.

Der kommissarische Präsident der Humboldt-Universität, Peter Frensch, nannte die Institutsgründung angesichts von rund 300.000 muslimischen Berlinerinnen und Berlinern „mehr als zeitgemäß“. Er betonte, das Institut habe nicht nur die Aufgabe, Lehrkräfte sowie Mitarbeitende muslimischer Gemeinden auszubilden. Wie andere Theologien solle die islamische Theologie vielmehr eine „tragende Rolle“ in der Universität wahrnehmen, indem sie ethische Perspektiven auch für andere Fächer eröffne.

Gründungsdirektor Michael Borgolte erinnerte an „zahllose Konflikte“ auf dem Weg zur Institutsgründung. Sie seien nun überwunden. So sei der Beirat mit Vertretern verschiedener muslimischer Verbände, an deren Einigungsbereitschaft es lange Zeit Zweifel gegeben habe, nun eine „tragende Säule des Instituts“. Jetzt komme es darauf an, dass die Humboldt-Universität das Islam-Institut „als wichtigen Bewohner des Hauses akzeptiert“. Institutsdirektor Serdar Kurnaz kündigte an, das Institut wolle „die theologischen Traditionen der Musliminnen und Muslime in Deutschland weiterschreiben“ ([mehr](#)).

2.2. Hamburg: Stellvertretender Leiter des Islamischen Zentrums muss Deutschland verlassen

Die Stadt Hamburg hat den stellvertretenden Leiter des Islamischen Zentrums Hamburg ausgewiesen. Seyed Soliman Mousavifar müsse Deutschland innerhalb von drei Monaten verlassen und sich bis dahin wöchentlich bei der Polizei melden, teilte der Senat mit. Er habe „nachweislich Terrororganisationen und Terrorfinanzierer unterstützt“, sagte Innensenator Andy Grote (SPD). Damit gemeint ist vor allem die libanesische Hisbollah, die in Deutschland verboten ist.

Das Islamische Zentrum Hamburg, das die Blaue Moschee an der Alster betreibt, wird vom Landesamt für Verfassungsschutz als Außenposten des iranischen Regimes in Europa gesehen. Es steht seit Jahrzehnten unter Beobachtung (s. zuletzt Mitteilungen 1/2022, S. 1–2) ([mehr](#)).

2.3. Nigeria: Viele Tote bei Terroranschlag auf einen Pfingstgottesdienst

In der Stadt Owo im südwestnigerianischen Bundesstaat Ondo haben Angreifer während der Pfingstmesse in der katholischen St-Francis-Kirche mindestens 40 Menschen getötet.

Die Angreifer hätten nach dem Ende der Messe Sprengstoff in die Kirche geworfen, berichteten Augenzeugen. Dann hätten sie durch die Kirchenfenster hindurch mit Sturmgewehren auf die Teilnehmer des Gottesdienstes geschossen. Der Provinzgouverneur von Ondo, Oluwarotimi Akeredolu, sprach von einem „schwarzen Sonntag“ für Nigeria.

Bisher hat sich niemand zu dem Anschlag bekannt. Die nigerianische Regierung vermutet, dass die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ für den Anschlag verantwortlich ist. „Unsere Sicherheitsbehörden sind der ISWAP auf der Spur“, sagte der nigerianische Innenminister, Ogbeni Rauf Aregbesola, mit Blick auf die westafrikanische IS-Sektion. „Wir werden sie vor Gericht bringen.“

Der ISWAP ist vor allem im Nordosten Nigerias und im benachbarten Tschad aktiv. Er kämpft seit Jahren gegen die rivalisierende Gruppe Boko Haram sowie gegen das nigerianische Militär. Hunderttausende Menschen wurden getötet und Millionen Menschen mussten fliehen ([mehr](#)).

Papst Franziskus und die katholischen Bischöfe in Deutschland verurteilten den Anschlag scharf. „Ich bin entsetzt über diese schreckliche Bluttat, die das Zusammenleben zwischen den Religionen in Nigeria einmal mehr gefährdet“, erklärte der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Bertram Meier. Trotz der Gewalt sei er überzeugt, „dass es zum Dialog keine Alternative gibt, um das friedliche Zusammenleben in einem Land zu fördern“ ([mehr](#)).

2.4. Russisch-Orthodoxe Kirche bleibt Mitglied im Weltkirchenrat

Die Russisch-Orthodoxe Kirche bleibt Mitglied im Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK). Der Zentralausschuss des ÖRK sprach sich gegen eine Suspendierung aus dem Weltkirchenrat aus.

Der neu gewählte Generalsekretär Jerry Pillay erklärte, der Weltkirchenrat habe die Aufgabe, die Einheit der Kirchen ins Auge zu fassen. Es sei deshalb richtig, den Dialog aufrecht zu erhalten. „Wir müssen versuchen, einen fruchtbaren Dialog zu führen und auch die Perspektive der Russisch-Orthodoxen Kirche zu verstehen“. Generalsekretär Ioan Sauca sagte, der ÖRK sei ein „Ort für den Dialog“. „Wir sind aufgerufen, eine freie und sichere Plattform der Begegnung und des Dialogs zu nutzen, einander zu begegnen und einander zuzuhören, auch wenn wir einmal nicht einer Meinung sind“.

Zuvor hatte die Synode der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz gefordert, der Ausschluss der russisch-orthodoxen Kirche aus dem ÖRK müsse geprüft werden. Auch Theologinnen und Kirchenvertreter in Deutschland hatten den Weltkirchenrat dazu aufgefordert, die Beziehungen zur Russisch-Orthodoxen Kirche auf Eis zu legen. Der Moskauer Patriarch Kyrill hatte mit seinen Äußerungen zum Krieg in der Ukraine wiederholt für Entsetzen gesorgt (s. Mitteilungen 2/2022, S. 3).

Der Züricher Kirchenratspräsident Michel Müller reagierte verärgert auf die Entscheidung. Die Formulierung, dass sich der ÖRK als Plattform des Dialogs verstehe, auch wenn man „einmal nicht einer Meinung“ sei, sei ein Hohn. Tatsächlich seien die Russen nicht gesprächsbereit, und Kyrill rechtfertige mit theologischen Mitteln einen Angriffskrieg, der an Brutalität nicht zu überbieten sei. „Zu verstehen gibt es da nichts“, so Müller ([mehr](#)).

2.5. Was sonst noch war

- Studie der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland: Islamfeindlichkeit unter jungen Menschen weniger stark verbreitet als im Durchschnitt der Bevölkerung ([mehr](#))
- Oslo: Zwei Tote und mehr als zwanzig Verletzte bei Anschlag auf Club der Schwulenszene; Polizei vermutet „islamistisches“ Motiv ([mehr](#))
- England: Kinoverleiher setzt Film über Prophetentochter Fatima nach Protesten ab ([mehr](#)).

3. Video

Religionen in der Schule 4: Eziden

Religionen im Gespräch

Gast: Ilyas Yanc, Landesverband der Eziden in Niedersachsen, Oldenburg.

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

4. Literatur: Neuerscheinungen

K. Boehme, Interreligiöses Begegnungslernen. Grundlegung einer interdisziplinären Didaktik, Freiburg 2022

K. Roscher-Lagzouli, Die Frau jenseits der Schleier. Mein Weg in den Salafismus und wieder hinaus, Ostfildern 2022

Zentrum Ökumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (Hg.), Zum Verhältnis des Christentums zum Islam. Impulse für eine theologische Orientierung, Frankfurt am Main 2022 ([hier](#)).

Hannover, den 5.7.2022

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 7, 2022

1. Allgemeine Lage

1.1. Hessen: Islamischer Religionsunterricht ab nächstem Schuljahr wieder mit DITIB

Im kommenden Schuljahr soll es in Hessen wieder Islamischen Religionsunterricht in Kooperation mit dem DITIB-Landesverband geben. Die Landesregierung treffe Vorbereitungen, dass der bekenntnisorientierte Religionsunterricht im Schuljahr 2022/23 wieder aufgenommen werde, sagte Kultusminister Alexander Lorz (CDU) in Wiesbaden.

Die Landesregierung respektiere die jüngsten Entscheidungen der Gerichte (s. zuletzt Mitteilungen 5/2022, S. 2). Es bestünden aber unverändert Zweifel, ob der Moscheeverband hinreichend unabhängig vom türkischen Staat sei, erklärte der Kultusminister bei der Sitzung des kulturpolitischen Ausschusses im Landtag. „Deshalb werden wir den Unterricht eng mit Unterrichtsbesuchen begleiten.“

In Hessen war der bekenntnisorientierte Islamische Religionsunterricht zusammen mit DITIB zum Schuljahr 2013/2014 eingeführt worden. Im April 2020 hatte das Kultusministerium angekündigt, den Unterricht auszusetzen und dies mit Zweifeln an der Unabhängigkeit des Verbands begründet. Gegen diese Entscheidung ging DITIB juristisch vor und gewann den Prozess. Der Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs in Kassel ist nicht anfechtbar.

Zuvor hatte wissenschaftliche Gutachten laut Ministerium zu dem Ergebnis geführt, dass eine hinreichende Unabhängigkeit des DITIB-Landesverbands vom türkischen Staat nicht gegeben sei. „Weil jedoch seit der letzten Begutachtung einige Zeit vergangen ist, werden wir nun wieder externe Expertise einholen“, kündigte Lorz an. „Auf dieser Basis ist dann zu entscheiden, ob der Einrichtungsbescheid aus dem Jahr 2012, der die Grundlage für die Zusammenarbeit mit DITIB Hessen bildet, durch das Land widerrufen wird.“

DITB Hessen reagierte mit Unverständnis auf die Zweifel des Ministeriums. Sie seien mit Blick auf die siebenjährige störungsfreie Schulpraxis des Religionsunterrichts nicht nachvollziehbar. Die Bedürfnisse der muslimischen Schülerinnen und Schüler könnten nur durch einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht gestillt werden. Der staatliche „Islamunterricht“ sei in dieser Hinsicht nicht ausreichend. Darüber hinaus sei er verfassungsrechtlich bedenklich. Daher behalte sich DITIB Hessen eine rechtsstaatliche Überprüfung dieses Unterrichts vor.

Kultusminister Lorz versicherte, die Landesregierung halte an dem Ziel fest, dass es in Hessen auch für muslimische Schülerinnen und Schüler das Angebot eines bekenntnisorientierten Religionsunterrichts geben soll. Zugleich werde der islamkundlich angelegte Schulversuch „Islamunterricht“ bis auf Weiteres fortgeführt ([mehr](#)).

1.2. Universität Trier: Neues Masterstudium „Interreligiöse Studien“ startet im Herbst

An der Universität Trier startet zum Wintersemester 2022/2023 der neue Masterstudiengang „Interreligiöse Studien: Judentum, Christentum, Islam“. Das interdisziplinäre, gleichermaßen forschungs- und praxisorientierte Studienprogramm werde von der katholischen Theologischen Fakultät Trier und der Universität Trier gemeinsam angeboten, teilte die Universität mit. Es vermittele Schlüsselkompetenzen für die interreligiöse und transkulturelle Begegnung und trage „zu einem wissenschaftlich informierten Dialog auf Augenhöhe und einem konstruktiven, respektvollen Miteinander in unserer religiös pluralen und zugleich stark säkularisierten Gesellschaft bei“.

Verantwortlich für den Studiengang ist der katholische Theologe und Islamwissenschaftler Dennis Halft OP. Er vertritt gegenwärtig den Lehrstuhl für „Abrahamitische Religionen mit Schwerpunkt Islam und interreligiöser Dialog“ ([mehr](#)).

Der Masterstudiengang dauert regulär vier Semester. Ein religiöses oder konfessionelles Bekenntnis wird nicht erwartet. Vorausgesetzt wird ein Bachelor-Abschluss in den Geistes- oder Sozialwissenschaften. Arbeitsperspektiven böten sich an der Schnittstelle von Religion, Politik und Gesellschaft, beispielsweise in der Jugendbildung, der Kulturvermittlung, der Politikberatung oder der Sozialen Arbeit, sagte Halft dem Domradio ([mehr](#)).

1.3. Bayern: Verfassungsgerichtshof weist Klage gegen Islam-Unterricht ab

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat eine Klage gegen das neue Wahlpflichtfach „Islamischer Unterricht“ abgewiesen. Die Popularklage sei unzulässig, entschied das Gericht. Gegen das neue Fach hatten der Pädagoge Ernst-Günther Krause, der Bund für Geistesfreiheit Bayern und die Regionalgruppe München im Förderkreis der Giordano-Bruno-Stiftung geklagt.

Mit einer Popularklage könnten alle Rechtsvorschriften des bayerischen Landesrechts angegriffen werden, so das Gericht. Dazu gehörten allerdings nicht die Lehrpläne zum Islamischen Unterricht. Sie seien lediglich Verwaltungsvorschriften, „die der inneren Gestaltung des Unterrichts dienen und denen

nicht der Charakter von Rechtsvorschriften mit Außenwirkung zukommt“. Dass durch die gesetzliche Regelung zum Islamischen Unterricht ein Grundrecht der Bayerischen Verfassung verfassungswidrig eingeschränkt würde, hätten die Antragsteller „nicht in zulässiger Weise gerügt“. Entgegen der Annahme der Kläger handle es sich beim Islamischen Unterricht „eindeutig und zweifelsfrei“ „nicht um konfessionellen Religionsunterricht“.

Vor einem Jahr hatte der Landtag die Überführung des Modellversuchs „Islamischer Unterricht“ in ein reguläres Wahlpflichtfach gebilligt. Das Fach richtet sich insbesondere an Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens, und zwar neben Ethik und statt einer Religionslehre. In dem Fach sollen staatliche Lehrkräfte Wissen über die islamische Religion sowie eine grundlegende Werteorientierung „im Geiste der Werteordnung des Grundgesetzes und der bayerischen Verfassung“ vermitteln (vgl. Mitteilungen 7/2021, S. 2; [mehr](#)).

1.4. Nordrhein-Westfalen: Gericht bestätigt Kopftuchverbot für Rechtsreferendarinnen

Eine Rechtsreferendarin, die Kopftuch trägt, hat in Nordrhein-Westfalen keinen Anspruch darauf, während ihrer Ausbildung als Richterin oder Staatsanwältin aufzutreten. Das entschied das Verwaltungsgericht Arnsberg (Az. 2 L 102/22).

Der Referendarin war untersagt worden, bei Verhandlungen auf der Richterbank zu sitzen oder für die Staatsanwaltschaft eine Sitzungsververtretung durchzuführen. Auch Sitzungsleitungen oder Beweisaufnahmen blieben ihr verwehrt, weil sie dabei ihr Kopftuch tragen wollte. Das ist nach § 2 Abs. 1 Justizneutralitätsgesetz NRW Beschäftigten in der Justiz verboten.

Die Referendarin klagte dagegen mit dem Argument, sie werde diskriminiert und habe Nachteile für ihr berufliches Leben zu befürchten. Das Gericht folgte dieser Argumentation nicht und lehnte den Antrag ab. Die Regelung des Justizneutralitätsgesetzes sei verfassungsgemäß, auch und gerade im Hinblick auf Referendarinnen. Sie verfolge ein legitimes Ziel zur Wahrung der Neutralität des Staates und Erhaltung des Vertrauens in eine unabhängige Justiz. Das Bundesverfassungsgericht hatte dies 2020 im Fall der Klage einer hessischen Referendarin grundsätzlich festgestellt (Az. 2 BvR 1333/17; vgl. Mitteilungen 3/2022, S. 2–3).

Die Hamburger Rechtsanwältin Tuğba Uyanık, die die Referendarin vor Gericht vertrat, kritisierte die Entscheidung des Gerichts. Musliminnen mit Kopftuch würden durch das Gesetz systematisch ausgegrenzt und bekämen nicht die gleichen Ausbildungschancen, sagte sie dem Magazin Legal Tribune Online. Hier werde ein Grundrecht von „vorurteilsbehafteten Dritten eingeschränkt“. Die antragstellende Referendarin erklärte: „Es macht mich fassungslos, dass ich keine Gleichbehandlung erfahre, weil ich – um es mal auf den Punkt zu bringen – in der Öffentlichkeit meine Haare nicht zeige“ ([mehr](#)).

1.5. Was sonst noch war

- Nordrhein-Westfalen: Neue Landesregierung startet Aufbau von vier Meldestellen zu queerfeindlichen und rassistischen Vorfällen ([mehr](#))
- Bosnien-Herzegowina: Proteste gegen geplantes neues Wahlgesetz ([mehr](#))
- Rom: Vatikan weist „Synodalen Weg“ der deutschen katholischen Kirche in seine Grenzen ([mehr](#)).

2. Veranstaltungen

2.1. Jung, Muslimisch, Engagiert

Zivilgesellschaftliches Engagement und Selbstorganisation von jungen Muslim*innen
9.–11. September 2022, Evangelische Akademie Loccum
Leitung: Jordanka Tebizova-Sack ([mehr](#)).

2.2. Unselige Kontinuitäten?!

Historische Feindbildproduktion wahrnehmen, als Herausforderung protestantischer Geschichte annehmen und als postkoloniale Aufgabe aufnehmen
25.–26. Oktober 2022, Christian Jensen Kolleg, Breklum
Referent:innen: Johann-Hinrich Claussen, Nisa-Nur Evren, Ozan Zakariya Keskinkılıç, Maike Lauther-Pohl, Sönke Lorberg-Fehring, Gothart Maggaard, Şeyda Sarıçam, Matthias Schmidt, Nora Steen ([mehr](#)).

3. Video

Religionen in der Schule 4.2: Eziden – Feiertage, Gebote, „Ehrenmord“, Frau und Mann

Religionen im Gespräch

Gast: Ilyas Yanc, Landesverband der Eziden in Niedersachsen, Oldenburg.

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

4. Literatur: Neuerscheinungen

- A. Abdel-Rahman, Kompetenzorientierung im islamischen Religionsunterricht. Eine Analyse ausgewählter Curricula als Beitrag zur Fachdidaktik des islamischen Religionsunterrichts, Frankfurt 2022
- W. Reinbold, Koran und Bibel: Ein synoptisches Textbuch für die Praxis, Göttingen 2022 ([mehr](#)).

Hannover, den 2.8.2022

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 8, 2022

1. Niedersachsen

1.1. Neues Buch über „Koran und Bibel“ stellt erstmals direkte Textvergleiche an

„Die Bibel und der Koran haben deutlich mehr Gemeinsamkeiten als viele Menschen, selbst religiös Gebildete, wissen“, sagt Professor Wolfgang Reinbold, Beauftragter für interreligiösen Dialog im Haus kirchlicher Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. „Mehr als zwei Drittel des Korans enthalten Bezüge zu biblischen Geschichten, Figuren und Begriffen.“

Schwarz auf weiß können Interessierte das in dem fast 1000-seitigen Buch nachlesen, das Reinbold unter dem Titel „Koran und Bibel: Ein synoptisches Textbuch für die Praxis“ jetzt veröffentlicht hat. Darin stellt der Professor für Neues Testament den 114 Suren des Korans ihnen entsprechende oder vergleichbare biblische Texte gegenüber. So wird beispielsweise die Sure 12, die die Geschichte von Josef und seinen Brüdern erzählt, eingebettet in die biblische Josefsgeschichte aus dem 1. Buch Mose. Darüber hinaus enthält das Textbuch jüdische und christliche Texte aus der Zeit bis zum 6. Jahrhundert sowie etwa 500 Überlieferungen aus dem Leben des Propheten Muhammad (Hadithe).

„Mein Buch interpretiert weder den Koran noch die Bibel, es sammelt lediglich Bezüge“, erläutert Reinbold. „Als Arbeitsbuch bildet es eine Grundlage für den interreligiösen Dialog, aber auch für das gegenseitige Kennenlernen des jeweils zentralen Glaubensbuches der beiden Religionen.“ Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers hat den Druck mit einem namhaften Zuschuss unterstützt.

„Das Buch ist ein wichtiger Beitrag für den interreligiösen Dialog“, sagt die islamische Theologin und Religionswissenschaftlerin Hamideh Mohagheghi, die auch Sprecherin des Rates der Religionen in Hannover ist. „Durch den direkten Quellenvergleich wird deutlich, wie ähnlich die Hauptschriften des Juden- und Christentums sowie des Islams sind. Diese oft überraschende Erkenntnis kann zu einer Annäherung und tiefen Verständigung zwischen den Religionen beitragen.“

Das Interesse an dem Buch sei schon vor seinem Erscheinen groß gewesen, berichtet Reinbold. „Diese Textsammlung ist die erste ihrer Art.“ Er setze darauf, dass das Buch wachse, denn es werde sicher viele Zuschriften geben mit Hinweisen auf mögliche Ergänzungen. „Das soll auch so sein, denn schließlich ist dieses Buch auch ein Experiment mit Pioniercharakter“ ([mehr](#)).

1.2. Was sonst noch war

- Drohbriefe gegen Moscheen und Kirchen mit „NSU 2.0“ Absender ([mehr](#))
- Verein „Begegnung – Christen und Juden. Niedersachsen“ feiert 40-jähriges Jubiläum ([mehr](#))
- Hildesheim: Ausstellung „Islam in Europa. 1000–1250“ im Dommuseum eröffnet ([mehr](#))
- Osnabrück: Wissenschaftliche Gesellschaft für Islamische Theologie zeichnet ehemaligen DITIB-Vorsitzenden Yilmaz Kilic aus ([mehr](#))
- Osnabrück: Studie zu sexualisierter Gewalt stellt schwerwiegende Pflichtverletzungen im Bistum fest ([mehr](#))
- Hannover: Knabenchor kauft Gebäude der Evangelisch-lutherischen Heilig-Geist-Kirche ([mehr](#))
- Hannover: Trauer um Wolfgang Raupach-Rudnick ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Köln: Christlich-Islamische Gesellschaft feiert 40. Geburtstag

Die 1982 gegründete Christlich-Islamische Gesellschaft hat in Köln ihren 40. Geburtstag gefeiert.

Für das Bundesland Nordrhein-Westfalen erklärte Integrationsministerin Josefine Paul (Bündnis 90/Die Grünen), die Gesellschaft praktiziere „in vorbildlicher Weise Nächstenliebe“. Das gelte insbesondere für die muslimische Notfallbegleitung. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, nannte den Einsatz des Vereins für den interreligiösen Dialog „Friedensarbeit an der Basis.“ Der Bischofsvikar für den interreligiösen Dialog im Erzbistum Köln, Weihbischof Rolf Steinhäuser, lobte die gegenseitige Achtung und Wertschätzung.

Die Christlich-Islamische Gesellschaft ist der älteste deutsche Verein, der sich den christlich-muslimischen Beziehungen widmet. „In den Anfangsjahren ging es oft darum, über Islam und Christentum zu informieren und Vorurteile zurechtzurücken. Gespräche und viele Veranstaltungen wie die ‚Christlich-Islamischen Wochen‘ waren an der Tagesordnung. Der Islam kam langsam in dieser Gesellschaft an, und viele unserer älteren Mitglieder haben daran mitgewirkt“, sagt Geschäftsführer Thomas Lemmen. „Heute sind wir über das Miteinander-Reden hinaus. Christliche und muslimische Mitglieder der Christlich-Islamischen Gesellschaft stellen sich in gemeinsamer Verantwortung gesellschaftlichen Herausforderungen. Augenhöhe ist das Merkmal unserer Arbeit“, so Dunya Elemenler, Vorsitzende der Christlich-Islamischen Gesellschaft ([mehr](#)).

2.2. Berlin: Bundeskongress der Räte der Religionen will in der Fläche präserter werden

Vom 11.–12. September 2022 fand in Berlin die 5. Tagung des Bundeskongresses der Räte der Religionen statt.

Zentrales Thema des Kongresses war die Sichtbarkeit von Religion im öffentlichen Raum. Den Hauptvortrag hielt die Islamwissenschaftlerin Riem Spielhaus. Sie legte dar, dass die Kriterien für „Sichtbarkeit“ angesichts der veränderten, nicht mehr von den christlichen Kirchen dominierten Landschaft neu justiert werden sollten. Es müsse nach Wegen gesucht werden, die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit unabhängiger von den Organisationsformen zu gewährleisten. Dies sei nicht zuletzt als Auftrag an den Staat zu verstehen, das Bild der Religionen und ihrer Rolle innerhalb der Zivilgesellschaft teilweise neu zu bestimmen.

Der Kongress plant, zukünftig stärker in die Fläche zu wirken und die Delegierten noch enger zu vernetzen und einzubinden. Wo immer möglich, sollten Zusammenschlüsse der Räte der Religionen auf Landesebene in den Blick genommen werden, teilten die Veranstalter mit.

Der Kongress wurde vom Bundesministerium des Innern aus Mitteln der Deutschen Islamkonferenz und von der Dr. Buhmann-Stiftung für interreligiöse Verständigung gefördert. Dem turnusmäßig neu gewählten Sprecher:innenrat gehören 2022–2023 an: Ahmad Alhamwi, Maria Adela Salinas (Münster), Michael Bäumer, Jan Aaron Hammel (Berlin), Joachim Valentin (Frankfurt) sowie Hamideh Mohagheghi und Wolfgang Reinbold (Hannover).

Der nächste Kongress findet im September 2023 in Münster statt. Die Stadt begeht 2023 das 375. Jubiläum des Westfälischen Friedens (1648), der die blutigen Auseinandersetzungen des Dreißigjährigen Krieges beendete und der Religionsfreiheit den Weg bahnte. „Wir freuen uns, den Bundeskongress in diesem wichtigen Jubiläumsjahr bei uns zu Gast zu haben. Die Botschaft des Westfälischen Friedens ist heute aktuell wie lange nicht. Und im Jahr 2023 muss klar sein: Wahren Frieden gibt es nicht ohne Frieden der Religionen!“, so Ahmad Alhamwi ([mehr](#)).

2.3. Bremische Kirche stellt erstmals muslimische Erzieherin ein

Die Bremische Evangelische Kirche stellt eine muslimische Erzieherin ein. Peyruze Kaymaz habe ihr Anerkennungsjahr in der Kindertagesstätte im Stadtteil Tenever absolviert und sei dort nun unbefristet beschäftigt, teilte eine Sprecherin mit.

Es ist der erste Fall dieser Art. Üblicherweise sollen alle Mitarbeitenden in evangelischen Gemeinden und Einrichtungen einer Kirche der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) angehören. Dieser Grundsatz gelte auch weiter, betonte der Landesverbands-Chef der Kindertagesstätten der bremischen Kirche, Carsten Schlepper. Zugleich gelte: „wenn eine muslimische Fachkraft nicht nur aufgrund ihrer exzellenten Fähigkeiten, sondern auch gerade wegen ihres authentischen Glaubens für das pädagogische Konzept einer Kita eine Bereicherung darstellt, so stellen wir sie gerne an.“

In der Kindertagesstätte in Tenever stammen den Angaben nach 24 der insgesamt 49 Kinder aus muslimischen Familien. Kaymaz könne dort ihre eigene religiöse Identität in die interreligiöse Erziehung einbringen. „Und sie ist eine wertvolle Gesprächspartnerin für ihre christlichen Kolleginnen. Für uns ist das ein Glücksfall“, so Schlepper ([mehr](#)).

2.4. Mölln: Bestürzung über Brandanschlag auf Moschee

Auf eine Moschee in Mölln (Schleswig-Holstein) ist ein Brandanschlag verübt worden. Die Tat habe sich in der zum DITIB-Verband gehörenden „Fatih Sultan Camii“ ereignet, teilte die Polizei mit. Ein Brandmelder habe Alarm geschlagen. Bisher unbekannte Täter hatten offenbar Papier und Flugblätter an einer Magnetwand in Brand gesetzt. Der Vorraum der Moschee wurde stark verqualmt. Die Polizei teilte mit, sie ermittle „in alle Richtungen“.

Der Bürgermeister der Stadt Mölln, Ingo Schäper, äußerte sich bestürzt. Die Stadt sei in ständigem Kontakt mit der Moschee, um kurzfristig zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen umzusetzen, sagte er. Die Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein rief zur Wachsamkeit auf. Der Angriff auf die Moschee sei „sehr besorgniserregend. 30 Jahre nach den rechtsextremistischen Brandanschlägen in Mölln rufe er schlimmste Erinnerungen hervor und schockiere die türkische und die muslimische Gemeinde.“

Der Beauftragte für den Christlich-Islamischen Dialog der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland, Sönke Lorberg-Fehring, verurteilte den Anschlag und äußerte seine Solidarität und sein Mitgefühl. Auch andernorts würden Muslime angegriffen, so jüngst bei einer Demonstration vor einer Moschee in Hamburg. „Es ist unsere ständige und niemals endende Aufgabe, gegen Islamhass und die Bedrohung von Muslim:innen vorzugehen.“

Im November jähren sich die rechtsextremistischen Brandanschläge in Mölln zum 30. Mal. In der Nacht vom 22. auf den 23. November 1992 hatten in der Möllner Innenstadt zwei Skinheads Molotow-Cocktails in zwei Häuser geworfen, die von Ausländern bewohnt wurden. In der Mühlenstraße 9 starben die 52-jährige Bahide Arslan, ihre Enkelin Yeliz (10) und ihre Nichte Ayşe (14). Neun weitere Menschen wurden zum Teil schwer verletzt ([mehr](#)).

2.5. Gesellschaft für bedrohte Völker kritisiert „Kriegsverbrechen“ der türkischen Armee in Syrien

Nach Angaben der Gesellschaft für bedrohte Völker in Göttingen hat die türkische Armee ihre Angriffe auf ethnische und religiöse Minderheiten in Syrien im August ausgeweitet.

Es seien mehr als 1.900 Granatwerfer- und Raketenangriffe auf den Norden Syriens gezählt worden. Die Türkei habe insbesondere die „Syrian Democratic Forces“ (SDF) attackiert, die den sogenannten „Islamischen Staat“ bekämpften, sagte der Nahostexperte der Menschenrechtsorganisation, Kamal Sido. Türkische Truppen hätten mehr als 24-mal Gebiete im Süden von Afrin mit schwerer Artillerie beschossen. Dort lebten viele kurdische, jesidische, alevitische und christliche Vertriebene. „Auch die multiethnische und multireligiöse Region Qamischli wurde wiederholt Ziel türkischer Angriffe“, so Sido.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker forderte Bundesaußenministerin Baerbock auf, die „völkerrechtswidrige Aggression“ des NATO-Partners zu verurteilen. Es fänden „Kriegsverbrechen statt, für die sich die Außenministerin durch ihr Schweigen mitverantwortlich macht“ ([mehr](#)).

2.6. Belgien: Justizminister bricht mit der offiziellen Vertretung der Muslime

Belgiens Justizminister Vincent Van Quickenborne hat der „belgischen Moslemexekutive“ (EMB) die Anerkennung entzogen. Das Gremium galt bisher als offizieller Ansprechpartner der belgischen Muslime.

Er habe „noch nie einen solchen Amateurismus mitgemacht“, sagte Van Quickenborne dem Sender VRT NWS, „und dies bei einem Organ, das eine entscheidende Rolle für die moslemische Gesellschaft in unserem Land einnimmt.“ Durch die Aberkennung wolle er „den Weg für eine wirklich repräsentative, transparente und professionelle Moslemexekutive freimachen.“ Solange es keine neue EMB gebe, würden „auch keine Zuschüsse mehr ausbezahlt“. Hintergrund des Streits ist unter anderem der Umgang der EMB mit Geldern sowie ein zu starker Einfluss Marokkos und Saudi-Arabiens ([mehr](#)).

Der Vorsitzende der EMB, Mehmet Üstün, kritisierte die Entscheidung scharf. Die Äußerungen seien „falsch, beleidigend und diffamierend“. Alle Bedingungen des Ministers seien akzeptiert worden ([mehr](#)).

2.7. Was sonst noch war

- Köln: DITIB-Bundesverband startet mit Ausbildung von Krankenhausseelsorgern ([mehr](#))
- Berlin: Initiative „Ohne Unterschiede“ protestiert gegen Berichterstattung zur Neuköllner Begegnungsstätte (NBS) in der ARD-Reportage „Geld.Macht.Katar“ sowie im Tagesspiegel, der Berliner Zeitung und der ZEIT ([mehr](#))
- Berlin: Zentralrat der Juden gründet „Denkfabrik Schalom Aleikum. Forum für jüdisch-muslimischen Dialog“ ([mehr](#))
- Karlsruhe: Ökumenischer Rat der Kirchen verabschiedet nach intensiver Diskussion Erklärung „Seeking Justice and Peace for All in the Middle East“ ([hier](#))
- Streit um Wittenberger „Judensau“: Kläger erhebt Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ([mehr](#))
- Bayern: Verfassungsschutz stellt die bayerische AfD als Gesamtpartei unter Beobachtung ([mehr](#)).

3. Veranstaltungen

3.1. Fortschritte und Schwierigkeiten der Kooperationsmodelle zwischen Staat und Muslimen

11. Oktober 2022, 18–19.30 Uhr, Evangelische Akademie Loccum, Online

Referenten: Bekim Agai, Hans Hofmann, Engin Karahan. Leitung: Jordanka Telbizova-Sack ([mehr](#)).

3.2. Aus der Begegnung heraus Frieden schaffen

Christlich-muslimische Lehrer:innen-Fortbildung zum Thema „Frieden“

12. Oktober 2022, 14.30–18 Uhr, Bistum Hildesheim, Online

Referent:innen: Christian Espelage, Hamideh Mohagheghi, Michael Schober; Leitung: Renate Schulz ([mehr](#)).

4. Video

Hadith – Wie zuverlässig sind die Überlieferungen über das Leben des Propheten Muhammad?

Religionen im Gespräch

Gast: Yaşar Sarıkaya, Professur für Islamische Theologie und ihre Didaktik, Universität Gießen

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

Hannover, den 4.10.2022

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 9, 2022

1. Niedersachsen

1.1. Designierte Koalition legt Koalitionsvertrag 2022–2027 vor

Die designierte Rot-Grüne-Koalition hat sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Er trägt den Titel „Sicher in Zeiten des Wandels. Niedersachsen zukunftsfest und solidarisch gestalten“. Die folgenden Passagen nehmen Bezug auf die Religionen und das interreligiöse Miteinander:

„Wir möchten, dass Niedersachsen ein gutes Zuhause für alle Menschen ist und alle Menschen die gleichen Chancen haben. Unabhängig von geschlechtlicher Identität, Herkunft, Einkommen, Religion, Sprache, sexueller Orientierung oder Alter sind alle ein gleichwertiger Teil unserer Gesellschaft.“ (S. 3)

Religion und Religionsunterricht: „Die Kirchen wollen wir bei ihrem Weg zu einem gemeinsamen Religionsunterricht unterstützen. Die Weiterentwicklung des Unterrichtsfachs Werte und Normen wollen wir positiv begleiten und mit den Religionsgemeinschaften eruieren, wie ein gemeinsamer konfessionsgebundener und konfessionsloser Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler entwickelt werden kann. Den Dialog mit den muslimischen Religionsgemeinschaften über eine rechtliche Anerkennung wollen wir fortsetzen. Wir verstehen es als eine Aufgabe aller Beteiligten, im Rahmen der Feststellung einer absehbaren Anerkennung über die weiteren Schritte – wie beispielsweise die Ausbildung von Imamen und muslimischen Religionslehrerinnen und Religionslehrer an öffentlichen Universitäten – im engen Austausch zu bleiben und diese dann auch umzusetzen. Die jüdischen Gemeinden werden wir weiterhin unterstützen – auch mit Blick auf die anstehenden Sicherheitsausgaben. Wir begleiten positiv den Prozess des Bundes, die kirchlichen Staatsleistungen fair abzulösen.“ (S. 67) ([mehr](#)).

1.2. Islamische Theologin: Kopftuchzwang hat im Koran keine Grundlagen

Die islamische Theologin Hamideh Mohagheghi aus Hannover sieht einen staatlich verordneten Kopftuchzwang wie im Iran in erster Linie als Mittel der Regierenden, Macht auszuüben.

Das Tragen eines Kopftuchs müsse für Frauen im Islam freiwillig sein, sagte Mohagheghi dem Evangelischen Pressedienst mit Blick auf die aktuellen Proteste von Frauen im Iran. Deshalb sehe sie die Proteste mit Sympathie und solidarisiere sich mit ihnen. „Keine weltliche Instanz darf vorschreiben, wie Frauen sich zu kleiden haben“. Im Übrigen gebe es „im Koran nur drei Stellen, die zur Bekleidung etwas sagen. Und aus keiner dieser drei Stellen geht hervor, dass es ein Gebot ist. Es ist eine Empfehlung und in jedem Fall freiwillig.“

Seit dem Tod der 22-jährigen Mahsa Amini demonstrieren zahlreiche Frauen im Iran gegen den staatlich verordneten Zwang zum Tragen eines Kopftuchs. Amini war von der Sittenpolizei in Teheran festgenommen worden, weil sie ihr Kopftuch in der Öffentlichkeit nicht korrekt getragen habe. Hamideh Mohagheghi engagiert sich in Hannover unter anderem im Rat der Religionen und für das bundesweit einzigartige Haus der Religionen ([mehr](#)).

1.3. Was sonst noch war

– Hannover: Bestürzung nach möglichen Angriff auf Synagoge am höchsten jüdischen Feiertag ([mehr](#)); Ursache nach wie vor ungeklärt ([mehr](#))

– Hannover: Landesbischof Meister fordert Entfernung der Wittenberger „Judensau“ ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Hamburg: Druck auf Schura zum Ausschluss des „Islamischen Zentrums“ wächst

Vor dem Hintergrund der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste im Iran wird der Ruf nach einem Ausschluss des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH) aus dem Rat der Islamischen Gemeinschaften (Schura) lauter.

Für den Landesparteitag der SPD Anfang November liege ein entsprechender Antrag des Kreisverbands Eimsbüttel vor, berichtet die „Welt am Sonntag“ (WamS). „Die Verknüpfung des IZH und des iranischen Regimes, das auf seine Kinder schießt, ist unerträglich“, sagte der Bürgerschaftsabgeordnete und stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende, Danial Ilkhanipour, der WamS. Landesvorstandsmitglied Armita Kazemi erklärte, „ein Ausschluss des IZH ist dringend notwendig.“

Auch Grünen-Landeschefin Maryam Blumenthal und die Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank distanzieren sich vom IZH. Die Verträge zwischen den Muslimen und der Stadt Hamburg würden nur ohne die iranische Moschee verlängert, so Fegebank. „Eine Beteiligung des IZH an den Verträgen der Stadt mit den islamischen Gemeinden ist für mich nicht mehr denkbar. Das IZH ist der Gegenpol zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und steht auch – wie man aktuell sieht – für Repressionen und Missachtung von Menschenrechten. Deshalb ist das für mich kein Vertragspartner“ ([mehr](#)).

CDU, AfD und FDP in der Hamburgischen Bürgerschaft fordern wegen der Beteiligung des IZH seit langem die Aufkündigung des Vertrages. Das Ergebnis der Evaluation soll der Bürgerschaft noch in diesem Jahr vorgelegt werden.

Bei der Schura sei man sich der Kritik gegenüber dem IZH bewusst und nehme die Anschuldigungen sehr ernst, sagte deren Vorsitzender Fatih Yildiz der WamS. Aktuell berate eine Schiedskommission, ob die Mitgliedschaft zunächst ruhen solle. Das werde bald entschieden. In einem nächsten Schritt könne auch ein Ausschluss folgen. „Darüber müssen allerdings unsere 63 Mitglieder entscheiden.“ Nötig sei eine Zwei-Drittel-Mehrheit ([mehr](#)).

Der Verfassungsschutz beobachtet die Moschee seit vielen Jahren. Er sieht sie als Propagandazentrum und als wichtige Vertretung Irans in Deutschland (s. zuletzt Mitteilungen 7/2021, S. 2–3).

2.2. Berliner Moschee: Einstweilige Verfügung gegen den rbb wegen falscher Berichterstattung

Das Landgericht Berlin hat eine einstweilige Verfügung gegen den rbb Rundfunk Berlin Brandenburg erlassen. Dem Sender wird bei Androhung eines Ordnungsgelds bis zu 250.000 € untersagt, verschiedene Behauptungen über die „Neuköllner Begegnungsstätte“ und Imam Taha Sabri zu wiederholen. Gegen die ARD-Reportage „Geld.Macht.Katar“ sowie verschiedene Berichte im Tagesspiegel, der Berliner Zeitung und der ZEIT hatte auch die Initiative „Ohne Unterschiede“ protestiert (s. Mitteilungen 8/2022, S. 3).

Der Sender habe durch einen Zusammenschritt verschiedener Interviews und Aussagen vom Imam Sabri „unabweislich“ den Eindruck erweckt, er habe im Interview gegenüber dem Sender gelogen, so der Gericht. Demgegenüber habe Sabri durch eidesstattliche Versicherungen glaubhaft gemacht, dass dies nicht der Fall war.

Sabri hatte in dem Interview aus dem Jahr 2017 bestritten, der Trägerverein der Moschee bekomme Geld aus Qatar. Dem hatte der Sender die Tatsache entgegengestellt, dass beim Kauf des Grundstücks im Jahr 2007 Geld aus Qatar geflossen war. Er hatte aber unterschlagen, dass danach nicht gefragt worden war und dass der Verein nicht der Eigentümer des Grundstücks ist, sondern es lediglich gepachtet hat. Der erweckte Eindruck stelle sich somit „als unwahr dar“, so das Gericht.

Die Neuköllner Begegnungsstätte erklärte zu dem Urteil, es sei „mehr als nur grob fahrlässig, dass die beteiligten Anstalten ein solch offenkundig böswilliges Vorgehen in ihrem Programm“ zuließen. Entgegen „besseren Wissens der Journalist*innen“ werde der Verein seit Jahren mit einem anderen Verein gleichgestellt. Imam Sabri sagte, all das sei sehr belastend. Nun seien er und sein Team „erleichtert und schöpfen wieder Hoffnung“ ([mehr](#)).

2.3. Armut gemeinsam begegnen: EKD und KRM ermuntern zu interreligiösen Kooperationen

Vertreter der evangelischen Kirche und der Muslime setzen sich mit Blick auf steigende Energiekosten und Inflation gemeinsam für eine gezielte staatliche Unterstützung von Menschen ein, die unter den wirtschaftlichen Entwicklungen besonders leiden. „Es gehört zum zentralen Selbstverständnis sowohl des Islam als auch des Christentums, die Benachteiligten in der Gesellschaft zu unterstützen und ihnen zu einem Leben in Würde zu verhelfen“, heißt es in einer Erklärung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und des Koordinationsrates der Muslime (KRM).

Vertreterinnen und Vertreter der EKD und des Koordinationsrates waren zuvor in Dortmund zu einem jährlichen Austausch zusammengekommen. Im Mittelpunkt des Treffens stand das Thema „Armut und Gerechtigkeit“. „Als Religionsgemeinschaften stehen wir in der Verantwortung, uns mehr Gedanken über die sozialen Fragen unserer Zeit wie Armut und Gerechtigkeit zu machen und gemeinsam Wege aus den Krisen zu finden“, sagte KRM-Sprecher Eyüp Kalyon. Die Ratsvorsitzende der EKD, Annette Kurschus, machte einen konkreten Vorschlag und sagte: „Die gemeinsame Aktion #Wärmewinter der EKD und der Diakonie bietet eine gute Möglichkeit auch für interreligiöse Kooperationen.“ Bei der Kampagne geht es vor dem Hintergrund steigender Energiepreise und drohender sozialer Notlagen um praktische Hilfen und Beratung.

Das Spitzengespräch zwischen EKD und muslimischen Verbänden wird seit 2005 mit je wechselnder Gastgeberschaft organisiert. Zum Koordinationsrat der Muslime gehören der Zentralrat der Muslime (ZMD), die Türkisch-Islamische Union (DITIB), der Islamrat, der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) sowie die Union der Islamisch-Albanischen Zentren in Deutschland (UIAZD) und der Zentralrat der Marokkaner in Deutschland (ZRMD) ([mehr](#)).

2.4. Was sonst noch war

- Bundestag: Expertenkreis „Politischer Islamismus“ wird nicht fortgeführt ([mehr](#))
- Auswärtiges Amt: Aus für externe Beratung im Referat „Religion und Außenpolitik“ ([mehr](#))
- Köln: Diskussion um ersten öffentlichen Gebetsruf in der DITIB-Zentralmoschee ([mehr](#))
- Potsdam: Universität bestätigt Vorwürfe des Machtmissbrauchs im Abraham Geiger Kolleg; Forderungen nach Rücktritt von Rabbiner Walter Homolka ([mehr](#))
- Solingen: Tausende nehmen Abschied von Mevlüde Genç ([mehr](#)).

3. Meinungsforschung

Studie zu antimuslimischen und antisemitischen Einstellungen

Der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) hat eine Studie „Antimuslimische und antisemitische Einstellungen im Einwanderungsland – (k)ein Einzelfall?“ vorgelegt.

Auf der Basis der Interviews im Rahmen des „SVR-Integrationsbarometers 2020“ ([hier](#)) kommt die Studie zu folgenden Ergebnissen:

- Je nach Bevölkerungsgruppe vertreten 10–50 Prozent der Befragten antisemitische Einstellungen. Antimuslimische Einstellungen finden sich bei 30–50 Prozent der Befragten; sie haben in den vergangenen zehn Jahren insgesamt abgenommen.
- Antisemitische und antimuslimische Einstellungen sind bei Menschen mit Migrationshintergrund verbreiteter als bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Beim Antisemitismus ist der Abstand besonders groß. Z.B.: „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss“: Ohne Migrationshintergrund 11,3 Prozent; (Spät-) Aussiedler 28 Prozent; Türkischer Hintergrund 52,2 Prozent.
- Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland die Schule besucht haben, sind seltener antisemitisch und antimuslimisch eingestellt als jene, die in einem anderen Land zur Schule gegangen sind. Z.B.: „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss“: (Spät-) Aussiedler mit deutschem Schulabschluss 10 Prozent; mit Abschluss im Ausland 48,5 Prozent.
- Befragte ohne Migrationshintergrund, die Freundschaften mit Zugewanderten pflegen, sind seltener antisemitisch und antimuslimisch eingestellt. Bei Befragten mit Migrationshintergrund, die Freundinnen und Freunde mit einem anderen Migrationshintergrund als dem eigenen haben, sind nur antimuslimische Einstellungen seltener.
- Christinnen und Christen mit Migrationshintergrund zeigen häufiger antimuslimische Einstellungen als jene ohne Migrationshintergrund.

Zum Abbau von Vorurteilen sagte der Leiter des wissenschaftlichen Stabs des SVR, Jan Schneider: „Um Vorurteile gegenüber anderen abzubauen zu können, ist der Kontakt von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion besonders wichtig. Der interkulturelle und interreligiöse Austausch sollte deshalb vor allem mit Hilfe niedrigschwelliger Angebote etwa auf kommunaler Ebene gefördert werden, gerade unter jungen Menschen.“ Auch die Religionsgemeinschaften könnten hier wichtige Beiträge leisten. Die Bundesregierung müsse zudem den Abbau struktureller Diskriminierung in der Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik vorantreiben ([mehr](#)).

4. Veranstaltungen

4.1. Tag der Offenen Tür im neuen Haus der Religionen

22. November 2022, 14–20 Uhr, Haus der Religionen, Böhmerstr. 8, Hannover ([mehr](#)).

4.2. With or Without You? Searching a New European Policy on Turkey

29. November – 1. Dezember 2022, Evangelische Akademie Loccum
Tagungsleitung: Thomas Müller-Färber, Christian Hagemann ([mehr](#)).

5. Video

Als Christ eine Muslimin heiraten?

Religionen im Gespräch

Gast: Imam Benjamin Idriz, Islamische Gemeinde Penzberg

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

6. Literatur: Neuerscheinungen

A. Mansour, Operation Allah. Wie der politische Islam unsere Demokratie unterwandern will, Frankfurt am Main 2022.

Hannover, den 2.11.2022

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 10, 2022

1. Niedersachsen

1.1. Hannover: Bundespräsident Steinmeier eröffnet neu gestaltetes Haus der Religionen

Im Beisein von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat das Haus der Religionen in Hannover am 21. November seine neu gestalteten Räume eingeweiht.

„Dieses Haus ist ein Symbol für ein vielfältiges, ein offenes, ein tolerantes Deutschland“, sagte Steinmeier in seiner Festrede. „Es strahlt über Hannover hinaus, denn es spiegelt eine religiöse Vielfalt wider, wie wir sie nicht nur in den großen Städten in Deutschland finden, sondern längst auch im ländlicheren Raum.“ „Ihr Haus zeigt, dass ein ‚Wir‘ entstehen kann, in dem der einzelne eben nicht sein ‚Ich‘ aufgeben muss. Und diese Erfahrung ist wichtig – für die gesamte Demokratie. Insofern ist Ihr Haus der Religionen auch ein Lernort der Demokratie, an dem Dinge eingeübt werden, die für unseren täglichen gemeinsamen Umgang miteinander in unserem Gemeinwesen immer wichtiger werden“ ([mehr](#)).

Die Neueröffnung fand in Anwesenheit von 200 geladenen Gästen statt, unter ihnen Ministerpräsident Stephan Weil, Oberbürgermeister Belit Onay, Regionspräsident Steffen Krach sowie weitere hochrangige Persönlichkeiten aus Politik, Religion und Kultur. Weil würdigte das Haus als einen vorbildlichen Ort, an dem Christen, Juden, Muslime, Hindus, Buddhisten, Bahai, Aleviten, Eziden und Humanisten gemeinsam für gegenseitigen Respekt und Achtung eintreten. „Das Projekt ist einzigartig in Deutschland, darauf können die Beteiligten stolz sein. Niedersachsen ist ein Land der Vielfalt und der Toleranz!“, so der Ministerpräsident. Onay sagte, das Haus sei „ein Symbol dafür, was diese Stadt ausmacht und wie wir miteinander leben wollen.“ In der Welt gebe es viele Gegenden, in denen unterschiedliche Religionen es nicht einmal schafften, in einer Stadt gemeinsam zu leben. „Hier in Hannover schaffen sie es sogar, zu neunt in eine WG zu ziehen.“

Das 2005 begründete Haus war in den vergangenen Jahren für 1,26 Millionen Euro umgebaut worden. Herzstück ist nun eine multimediale Ausstellung, in der sich neun Gemeinschaften in neun Kuben präsentieren. Das Haus vermittele so insbesondere Schulklassen und anderen Besuchergruppen einen Eindruck von der Vielfalt religiösen Lebens, sagte der Vorsitzende des Trägervereins, Professor Wolfgang Reinbold. „Das ist eine Riesenchance für Schulklassen und andere Gruppen, die Welt der Religionen kennenzulernen, und das unter einem Dach. Es wird immer wichtiger, dass wir lernen, mit Unterschieden umzugehen.“

Die Sprecherin des Rates der Religionen Hannover, Hamideh Mohagheghi, sagte in ihrer Begrüßung: „Respekt gegenüber dem Anderssein, das ist ein wesentliches Ziel unserer Arbeit.“ Die neue Ausstellung richte sich in erster Linie an die Schulklassen, die zu uns kommen, „an diesen sehr besonderen außerschulischen Lernort. Wir wollen durch sie die Dialog- und Empathiefähigkeit sowie die Pluralitäts- und Demokratiefähigkeit stärken.“

Das Haus der Religionen in Hannover ist das erste und bisher einzige Zentrum für interreligiöse und interkulturelle Bildung in Deutschland. Seine Wurzeln reichen bis ins Jahr 1991 zurück. Während des zweiten Golfkriegs schlossen sich damals engagierte Frauen und Männer zu interreligiösen Gesprächskreisen zusammen. Hintergrund waren auch die fremdenfeindlichen Anschläge von Hoyerswerda, Mölln und Solingen und die Sorge um den künftigen Kurs der deutschen Gesellschaft nach der Wiedervereinigung. In Hannover traf sich die Gruppe an wechselnden Orten, bis sie schließlich 2005 als Mieterin ein festes Domizil in der damaligen Athanasiuskirche fand. Hier unterhielt sie Büroräume und eine kleine Ausstellung, die von Schulklassen und anderen Gruppen besucht wurde.

Hinter dem Haus der Religionen stehen die Gemeinschaften der Christen, Juden, Muslime, Hindus, Buddhisten, Bahai sowie der Aleviten, Eziden und Humanisten. Eine vergleichbare Bildungsstätte gibt es nach Angaben der Initiatoren nur in Bern, wo 2014 ebenfalls ein „Haus der Religionen“ entstand ([mehr](#)). Finanziert wird das Haus langfristig vor allem von der Stadt Hannover, der Region und den Kirchen. Oberbürgermeister Belit Onay ist Schirmherr ([mehr](#)).

1.2. Osnabrück: Islamwissenschaftler fordert Gründung einer Moschee-Stiftung

Der Osnabrücker Islamwissenschaftler Michael Kiefer hat anlässlich der Deutschen Islamkonferenz die Gründung einer Moschee-Stiftung gefordert. Sie solle vom Staat finanziert werden, zugleich aber von ihm und den muslimischen Verbänden unabhängig arbeiten, sagte Kiefer in einem Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst. Zweck der Stiftung solle die Bezahlung von in Deutschland ausgebildeten Imamen sein, die dann in Moscheegemeinden arbeiten könnten. „Mit 50 Millionen Euro pro Jahr könnte man 800 Imame in Vollzeit finanzieren.“

Die bisherige Islampolitik, die Islaminstitute und -Studiengänge sowie ein Islamkolleg zur Ausbildung von Imamen hervorgebracht habe, kranke daran, dass zu wenig bedacht worden sei, wie es mit den Absolventen nach dem Studium weitergehe. Einzig die Lehramtsstudierenden hätten eine berufliche

Perspektive. Die Moscheegemeinden hingegen hätten für studierte Imame kein Geld. Sie seien froh, wenn ihre im Ausland ausgebildeten Imame auch von dort entlohnt würden. So entsende etwa die türkische Religionsbehörde Diyanet für Gemeinden des Verbands DITIB Imame nach Deutschland und bezahle sie auch. Dadurch entstünden Abhängigkeiten, die Deutschland eigentlich nicht wolle und die auch tatsächlich problematisch seien. „Wenn Deutschland die Finanzierung der Imame aus dem Ausland, etwa aus der Türkei, aber auch aus Katar oder Marokko nicht will, muss es selbst Geld in die Hand nehmen“, so Kiefer.

Orientierung für die Summe böten die Staatsleistungen, die Deutschland seit Bestehen der Bundesrepublik an die christlichen Kirchen zahle, erläuterte der Osnabrücker Professor. Zuletzt habe der Bund ihnen fast 600 Millionen Euro jährlich überwiesen. Diese noch aus der Kaiserzeit stammenden Leistungen seien aus seiner Sicht zwar höchst fragwürdig. Das Geld aber sei geflossen und fließe bis heute. „Warum sollten die Moscheen dann nicht auch in den Genuss einer Staatsfinanzierung kommen?“ ([mehr](#)).

1.3. Was sonst noch war

- Wolfsburg: Interreligiöse Kindertagesstätten geplant; Gemeinden suchen Standort ([mehr](#))
- Göttingen: Drohungen gegen muslimische und jüdische Gemeinden; Oberbürgermeisterin beruft „Dialog der Religionen“ ein, „Appell zur Gefährdung der Demokratie“ initiiert ([mehr](#))
- Hannover: Polizei ermittelt nach Verwüstung muslimischer Kindergräber; Rat der Religionen verurteilt die Tat ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Hamburg: Islamisches Zentrum tritt aus der Schura aus

Das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) ist nicht länger Mitglied der Schura, dem Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg. Auf der Schura-Mitgliederversammlung am 20. November gab das Zentrum seinen Austritt bekannt.

Der Schura-Vorsitzende Fatih Yildiz erklärte dazu: „Wir haben es uns nicht einfach gemacht und zahlreiche Gespräche geführt, die zu dem Resultat geführt haben, dass das IZH kein Mitglied mehr bei der Schura ist.“ Damit kam das IZH einem möglichen Ausschluss zuvor.

Das Islamische Zentrum Hamburg steht seit langem in der Kritik (s. zuletzt Mitteilungen 9/2022, S. 1–2). Kürzlich hatte sich auch der Deutsche Bundestag für die Schließung des Zentrums und der ihm angeschlossenen „Blauen Moschee“ ausgesprochen. Der Bundestag stimmte mehrheitlich einem Antrag der Ampel-Fraktionen zu, wonach geprüft werden soll, „ob und wie das Islamische Zentrum Hamburg als Drehscheibe der Operationen des iranischen Regimes in Deutschland geschlossen werden kann“.

Die Hamburger Innenbehörde erklärte dazu, ein Verbotverfahren falle in die Zuständigkeit des Bundesinnenministeriums. Hamburg stehe bereit, dabei jede Unterstützung zu leisten. „Wir gehen davon aus, dass alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um gegen das IZH vorzugehen“, so ein Sprecher der Behörde.

Die Hamburger SPD begrüßte den Austritt des IZH aus der Schura. Nun könne man sich „wieder auf die Inhalte konzentrieren und damit die Evaluierung und Weiterentwicklung der Verträge forcieren“, sagte der religionspolitische Sprecher der Fraktion, Ekkehard Wysocki. Die CDU kritisierte, dass sich die Schura nicht vom IZH distanzieren. Es müssten jetzt Grundlagen für einen Neustart der Staatsverträge mit den muslimischen Verbänden gefunden werden, so Fraktionschef Dennis Thering. Die FDP nannte den Austritt des IZH „überfällig“. Das ändere aber nichts daran, dass die Verträge mit den muslimischen Verbänden gekündigt werden müssten.

Dem Austritt des IZH aus der Schura haben sich mittlerweile weitere schiitische Gemeinden angeschlossen. Die Islamische Gemeinschaft in Hamburg, die Libanesisch-Kulturelle Wohlfahrtsgemeinschaft, der Verein Afghanischer Muslime „Belal“, die Islamische Akademie Deutschland und der Verein „Interkulturelle Dienste Kirchdorf“ gaben in einer gemeinsamen Erklärung ihren Austritt bekannt. Als maßgebliche Gründe nannten sie den Beschluss der Ampel-Koalition im Bundestag und die „Stellungnahmen einiger Politiker über die Schiiten in Hamburg“. „Es trifft uns zutiefst, wenn wir die einseitige und unfaire Berichterstattung sehen. Das IZH und damit verbunden die Imam Ali-Moschee (Blaue Moschee) ist das Herz vieler Schiiten in der gesamten Bundesrepublik und vielen Teilen Europas. Unsere geliebte Moschee als ein ‚Spionagenest‘, ‚Terrorhaus‘ oder ‚extremistische Einrichtung‘ zu bezeichnen, stellt eine gravierende Diffamierung des wichtigsten europäischen Gotteshauses der Schiiten dar. Den Ruf nach Schließung sehen wir als Zäsur und Einschnitt in die freie Religionsausübung und politisches Versagen“, so die Vereine ([mehr](#)).

Unterdessen hat der Hamburger Senat nach Medienberichten die Fortführung der Islam-Staatsverträge empfohlen. Der Austritt des IZH ermögliche eine Fortentwicklung des Vertrags, heißt es ([mehr](#)).

2.2. Was sonst noch war

- Deutsche Islam-Konferenz: Bundesinnenministerin Faeser erklärt Bekämpfung von Muslimfeindlichkeit und Imamausbildung zu zentralen Themen ([mehr](#)); Entsendung von Imamen aus dem Ausland soll mittelfristig enden ([mehr](#)); Kritik an Ausklammerung des Islamismus ([mehr](#))
- Nordrhein-Westfalen: Zentralrat der Muslime klagt für Beteiligung an Kommission zum Islamunterricht ([mehr](#))
- Berlin: Museum für Islamische Kunst bietet kostenlose Unterrichtsmaterialien zum Islam für Schulen und außerschulische Bildungsarbeit ([mehr](#)).

3. Meinungsforschung

In welchen Berufen arbeiten Absolventen des Studiums der Islamischen Theologie?

Die Akademie für Islam in Wissenschaft und Gesellschaft (AIWG) an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main hat gemeinsam mit den Universitäten Gießen und Mainz erstmals eine Studie zur Frage vorgelegt, in welchen Berufen Absolventen und Absolventinnen des Studiums der Islamischen Theologie und der Islamischen Religionspädagogik später arbeiten. Wichtige Ergebnisse:

- Knapp 50 Prozent der Befragten sind in der Sozialen Arbeit oder verwandten Berufsfeldern beschäftigt. Weitere 40 Prozent arbeiten in pädagogischen Handlungsfeldern. „Kaum eine der befragten Personen ist hingegen hauptberuflicher Imam geworden.“
- Auf das Studium blicken die meisten Befragten als eine „Phase der intellektuellen und persönlichen Entfaltung“ zurück. Gleichzeitig hätten sich viele eine fachlich passendere Vorbereitung auf ihre späteren Tätigkeiten gewünscht.
- Im Lehramts-Studium würden gut zwei Drittel den Studiengang noch einmal wählen. Ihnen bietet sich nach dem Studium ein relativ klares Berufsbild und ein geregelter Übergang in den Schuldienst. Im Theologie-Studium würde weniger als die Hälfte noch einmal dasselbe studieren. Sie müssen sich nach dem Studium Berufsbilder erschließen und sind in den ersten Jahren zumeist befristet beschäftigt. Die Erwerbsquote liegt etwa auf dem Niveau anderer Geisteswissenschaften.
- Die Befragten bringen sich überdurchschnittlich stark in die Gesellschaft ein. Mehr als die Hälfte engagiert sich ehrenamtlich, insbesondere in religiösen und sozialen Einrichtungen.

Für die Studie wurden Absolventen und Absolventinnen befragt, die zwischen 2016 und 2019 an den Universitäten Erlangen-Nürnberg, Frankfurt, Gießen, Münster, Osnabrück und Tübingen einen B.A.-Abschluss oder ein Staatsexamen in Islamischer Theologie oder Religionspädagogik erworben haben. 200 von 570 Angeschriebenen nahmen teil ([mehr](#)).

4. Video

4.1. Ist Sexualität im Islam ein Tabu? ([mehr](#))

4.2. Ist Homosexualität im Islam verboten? ([mehr](#))

4.3. Akzeptiert der Islam LGBTQ+? ([mehr](#))

Religionen im Gespräch

Gast: Andreas Ismail Mohr, Berlin

Moderation: Michaela Veit-Engelmann, Religionspädagogisches Institut Loccum.

5. Literatur: Neuerscheinungen

H. Frankemölle, Gott glauben – jüdisch, christlich, muslimisch, Freiburg 2021

Österreichischer Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischen Extremismus (Hg.), Der politische Islam der Zwölferschia. Marğa İya, transregionale Netzwerke und die Herrschaft des Rechtsgelehrten. Grundlagenbericht der Dokumentationsstelle Politischer Islam, Wien 2022 ([hier](#))

W. Reinbold, Koran und Bibel: Ein synoptisches Textbuch für die Praxis, Göttingen 2022 ([Interview](#)).

**Wir wünschen unseren christlichen Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten.
Allen Leserinnen und Lesern wünschen wir ein gesegnetes neues Jahr.**

Den Interreligiösen Kalender 2023 finden Sie [hier](#).

Hannover, den 19.12.2022

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.